

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Haushalt 2016

**Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden,
insgesamt abgestimmt.**

**Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der
Ausschussempfehlung an.**

Abstimmungsergebnis: 7 / 0 / 4

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 20

Teilhaushalt: FB 10
Produkt: 1.11.1155.02

S. 338 Änderung Strategische Ziele FB 10

„Das strategischen Ziel 2 des FB 10 wird wie folgt geändert:

* In Ziel 2 wird "Qualitätssicherung" durch "Qualitätssteigerung" ersetzt.“

Begründung:

Folgt zwingend aus Stellungnahme DS 10665/14 zur Frage der Umsetzung der IT-Strategie.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	9	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit den im Haushaltsplanentwurf 2016 eingeplanten Haushaltsmitteln kann die Qualität der städt. Informationstechnik zwar gesichert, jedoch nicht gesteigert werden.

Für die Zukunft wird eine Qualitätssteigerung angestrebt, dies setzt jedoch voraus, dass die dafür notwendigen Haushaltsmittel künftig bereitgestellt werden.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 21

Teilhaushalt: FB 10
Produkt: 1.11.1155.02

Neue Kennzahlen S. 358 IT-Leistungen

„Betreffend das Produkt 1.11.1155.02 IT-Leistungen werden als neue Kennzahlen ergänzt:
+ "Durchschnittliche Zeit bis zur Fehlerbehebung"
+ "Gedruckte Seiten (Ziel: niedrig)““

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	10	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Eine Kennzahl "Durchschnittliche Zeit bis zur Fehlerbehebung" zu bestimmen erfordert erheblichen zusätzlichen Personalaufwand für die Erfassung und Klassifizierung von Daten. So wird bislang nur erfasst, wann eine Störung gemeldet wird und zu welchem Zeitpunkt die Hotline mittels Rückfrage festgestellt hat, dass die Störung nicht mehr vorhanden ist. Es wird bislang bis auf Ausnahmen weder zentral noch dezentral ein Aufwand darauf verwendet zu dokumentieren, ob überhaupt ein Fehler vorlag, seit wann dieser vorlag und wann er behoben wurde. Daher wurde die Einführung dieser Kennzahl in der Vergangenheit als unwirtschaftlich verworfen.

2. Eine Kennzahl "Gedruckte Seiten (Ziel: niedrig)" ist nur sehr aufwendig ermittelbar, da erhebliche Teile der Druck-Infrastruktur keine automatisierten Seitenzahlen liefern können.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 22

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.11.1160.01

S. 368 Änderung Strategische Ziele FB 20

„Das Strategische Ziel 1 des FB 20 wird wie folgt geändert:
"Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushalts zur Vermeidung einer Neuverschuldung“

Begründung:

Die derzeitige Finanzplanung ist nicht ausgeglichen, die Neuverschuldung nur im Planungszeitraum noch nicht sichtbar. Je früher hier gegengesteuert wird, desto besser insbesondere für die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt Braunschweig.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	10	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 110 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) soll der Haushalt in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Dies ist nach § 110 Abs. 4 S.2 der Fall, wenn der Gesamtbeträge der ordentlichen und außerordentlichen Erträge den jeweiligen Aufwendungen entsprechen. Somit ist in Bezug auf den Haushaltsausgleich auf den Ergebnishaushalt abzustellen, was in der derzeitigen Formulierung des obengenannten Zieles geschehen ist.

Der Ausgleich des Finanzhaushaltes ist dagegen gesetzlich nicht definiert und gibt auch nicht zwangsläufig Aufschluss über die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit einer Kommune. Wenn z.B. der positive Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ausreicht, um einen negativen Saldo aus Investitionstätigkeit auszugleichen, könnte eine Tilgung alter Kredite bei der Finanzierungstätigkeit insgesamt zu einem negativen Saldo im Finanzhaushalt führen.

Dagegen könnte ein Finanzmittelfehlbetrag aus den Salden von Verwaltungs- und Investitionstätigkeit bei gleichzeitiger Kreditaufnahme zur Finanzierung der Investitionen insgesamt zu einem Finanzmittelüberschuss im Finanzhaushalt führen. Somit wäre der Finanzhaushalt quasi „ausgeglichen“, obwohl die finanzielle Lage sich hier wesentlich ungünstiger darstellt als im ersten Beispiel.

Die derzeitige Formulierung des Strategischen Zieles 1 des Fachbereiches 20 das „Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnishaushaltes und Vermeidung einer Neuverschuldung“ ist daher uneingeschränkt geeignet, die Zielsetzung einer ausgeglichenen Haushaltsplanung unter Vermeidung einer Neuverschuldung zum Ausdruck zu bringen.

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 23

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.11.1160.12

Aufwand/Nutzen-Analyse Metropolregion

„Im Rahmen einer Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung auch für die städtischen Beteiligungen wird die Metropolregion einer Aufwand/Nutzen-Analyse unterzogen. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien zeitnah vorgestellt.“

Begründung:

Nach außen scheint die Wirksamkeit der Gesellschaft eher begrenzt, innere Wirksamkeiten mögen die nicht unerheblichen Kostenbeteiligungen der Stadt rechtfertigen, diese sind darzustellen und abzuwägen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	7	0		x

Antrag der Die Linke.-Fraktion - Nr. 24

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.11.1160.12

Konzept Neuausrichtung Braunschweiger Versorgungs AG

„Die Verwaltung wird gebeten, in 2016 ein Konzept zur Neuvergabe der Konzessionen im Energiebereich zu erstellen. Dabei ist der Schwerpunkt auf eine Vergabe der Konzessionen entweder an ein städtisches Unternehmen oder an ein zu gründendes Unternehmen kommunaler Gebietskörperschaften der Braunschweiger Region zu legen. Dieses Konzept ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Begründung:

Der derzeitige Konzessionsvertrag endet am 31.12.2020. Laut § 46 Abs. 3 EnWG müssen Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Konzessionsverträge das Vertragsende bekannt machen und anschließend ein Interessenbekundungsverfahren durchführen. Für Braunschweig wäre also der späteste Bekanntmachungstermin der 31.12.2018. Zur Vorbereitungszeit der Gemeinden äußern sich Städtetag, Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen in der Broschüre "Konzessionsverträge - Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke" folgendermaßen: "Die Vorbereitungen für das Verfahren machen es notwendig, dass sich die Gemeinde schon deutlich früher als zwei Jahre vor Ablauf des Vertrages mit der Thematik auseinandersetzt. Nur eine frühzeitige Befassung mit der Thematik gewährleistet auch, dass die verschiedenen Optionen der Gemeinde gründlich geprüft werden können und ein Verfahren durchgeführt werden kann, das später keinen Beanstandungen ausgesetzt ist." Die Erstellung eines Grundkonzeptes der Verwaltung in 2016 bietet die Möglichkeit, dass in den Jahren 2017 - 2018 auch die mögliche Neugründung eines städtischen oder regionalen Unternehmens durchgeführt werden kann und die Stadt sich tatsächlich alle Optionen offen hält und im Energiebereich wieder handlungsfähig wird.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	7	0		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Zunächst verweise ich zu dieser Thematik auf meine umfangreiche Mitteilung für den Rat am 15. März 2016 (DS 16-01453). Die Verwaltung hat die Problematik „Konzessionsvergabe“ im Blick und wird im Sommer zu der geplanten Informationsveranstaltung einladen.

Inhaltlich ist zum Antrag aber darauf hinzuweisen, dass eine Neuvergabe diskriminierungsfrei bezüglich der Anforderungen an die Zuschlagskriterien wie sicherer, preisgünstiger, verbraucherfreundlicher, effizienter und umweltverträglicher (erneuerbare Energien berücksichtigender) Netzbetrieb oder fiskalischer Interessen vorzunehmen ist. Eine „Schwerpunktsetzung“ der Vergabe an ein städtisches Unternehmen bzw. an ein zu gründendes Unternehmen kommunaler Gebietskörperschaften der Braunschweiger Region ist daher nach heutiger Gesetzgebung und Rechtsprechung rechtlich nicht zulässig.

Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nr. 25

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2610.08

Klage gegen Staatstheatervertrag von 1956

„Die Verwaltung wird gebeten, bis August diesen Jahres zu prüfen, welche Erfolgsaussichten eine Klage gegen den derzeitigen Staatstheatervertrag hat. Die Klage soll darauf abzielen, dass bei der Landesförderung zumindest eine Gleichstellung mit Oldenburg erfolgt. Das Ergebnis ist nach Abschluss der Prüfung dem Rat mitzuteilen.“

Begründung:

Die Ungleichbehandlung Braunschweigs durch das Land Niedersachsen im Hinblick auf die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Hannover (keine Beteiligung an den Betriebskosten) und der Stadt Oldenburg (Beteiligung der Stadt zu 25 % an den nicht durch Betriebseinnahmen gedeckten lfd. Betriebsausgaben) an den dortigen Staatstheatern ist durch den Staatstheatervertrag von 1956 begründet.

Bereits 2013 hat der Rat einstimmig einen Antrag der Linksfraktion beschlossen, der vorsah, dass die Verwaltung Initiativen zur Gleichbehandlung ergreift. Als einzig wahrnehmbare Initiative kam es dann zu einem Schreiben der Stadt, das von der zuständigen Ministerin abschlägig beschieden wurde.

Da dies nicht ausreichend war, soll nun eine Klage geprüft werden, damit sich endlich etwas an der Ungleichbehandlung Braunschweigs ändert. Sollte Braunschweig wenigstens mit Oldenburg gleichgestellt werden, ergeben sich Haushaltsentlastungen von rund 2,5 Mio. Euro pro Jahr. Eine Gleichstellung mit Hannover würde zu Haushaltsverbesserungen von rund 10 Mio. Euro pro Jahr führen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
FPA am 25.02.2016	0	10	1		x

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 19. Feb. 2013 beschlossen: „Die Verwaltung wird gebeten, Verhandlungen mit der Landesregierung aufzunehmen, um eine Gleichstellung zumindest mit dem Theater Oldenburg zu erreichen. ...“.

In Ausführung des Ratsbeschlusses hat der damalige Oberbürgermeister mit Schreiben vom 14. März 2013 das Nds. Ministerium für Kultur und Wissenschaft entsprechend angeschrieben. Mit Antwortschreiben vom 25. Juni 2013 hat Frau Ministerin Dr. Heinen-Kljajic eine Änderung der Drittelbeteiligung der Stadt Braunschweig am Staatstheater abgelehnt.

Eine Klage gegen das Land Niedersachsen zur Erreichung einer Gleichbehandlung der Stadt Braunschweig mit Oldenburg wäre nicht zielführend. Die Stadt Braunschweig hat den Vertrag von 1956 mit dem Land freiwillig abgeschlossen und ist nicht zur Fortsetzung des Vertrages verpflichtet. Vielmehr verlängert sich der Vertrag von 1956 („ Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig über den Betrieb des Staatstheater Braunschweig“) jeweils um 5 Jahre, sofern er nicht mit einer Frist von einem Kalenderjahr vor Ablauf gekündigt wird. Die nächste Vertragsverlängerung für 5 Jahre erfolgt zum 31. März 2016, da keine Kündigung vor dem 31. Dez. 2014 ausgesprochen worden ist. Der nächstmögliche Termin zum Aussprechen einer Kündigung wäre der **31. Dez. 2019**. Die Kündigung würde dann zum **31. März 2021** wirksam werden.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 26

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2514.02

Neue Kennzahl S. 570 Bereitstellung von Archivalien

„Betreffend das Produkt 1.25.2514.02 Bereitstellung von Archivalien wird als neue Kennzahl ergänzt:
+ "davon digital (Ziel: hoch)““

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	0	8	2		x
FPA am 25.02.2016					x

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Ergänzung der Produktkennzahlen des Produktes 1.25.2514.02 (Bereitstellung von Archivalien) um die Formulierung "davon digital" ist derzeit nicht sinnvoll. Es werden im Stadtarchiv noch keine digitalen Archivalien zur Benutzung vorgelegt. Eine systematische Digitalisierung der analogen Archivbestände findet derzeit nicht statt. Mittelfristig wäre eine solche Ergänzung aber durchaus sinnvoll.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 27

Teilhaushalt: 0500

Produkt: 1.31.3119.40

S. 592 Aufspaltung Produkt 1.31.3119.40 "Leistung des Sozialreferats"

„Das Produkt 1.31.3119.40 "Leistung des Sozialreferats" S. 592 soll gesplittet werden in folgende Produkte:

- * Sozialplanung
- * Gesundheitsplanung
- * Büro für Migrationsfragen
- * Koordination Kinderarmut“

Begründung:

Die Aufspaltung trägt erheblich zur Haushaltsklarheit bei.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
Afl am 10.02.2016	0	10	1		x
FPA am 25.02.2016					x

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 28

Teilhaushalt: FB 51
Produkt: 1.36.3630.04.03

Position 1.36.3630.04.03 "Aussiedlerbetreuung"

„Die Position 1.36.3630.04.03 "Aussiedlerbetreuung" soll die geförderten Projekte oder Träger konkret benennen, nötigenfalls ist sie aufzusplitten.“

Begründung:

Gemäß Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage der Linken zum Haushalt 2014 findet hier konkret Arbeit mit Jugendlichen statt. Dies ist aus dem Haushalt derzeit nicht ersichtlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA am 04.02.2016	4	3	5	x	
FPA am 25.02.2016	4	6	1		x

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 29

Teilhaushalt: FB 51
Produkt: 1.36.3630.06.05

Konkretisierung von „Beratungsstellen“

„Die Position 1.36.3630.06.05 "Beratungsstellen" soll alle geförderten Projekte oder Träger konkret benennen.“

Begründung:

Es gibt viele Beratungsstellen in dieser Stadt. Der Haushalt ist an dieser Stelle nicht eindeutig verständlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA am 04.02.2016	4	3	5	x	
FPA am 25.02.2016				x	

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nr. 30

Teilhaushalt: FB 61 / FB 65

Photovoltaik auf Dächern städtischer Gebäude

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für die Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen auf allen städtischen Gebäuden, die aufgrund ihrer Ausrichtung zur Sonne einen wirtschaftlichen Betrieb solcher Anlagen erwarten lassen, vorzulegen.“

Begründung:

Seit Jahren ist es erklärte Absicht der Stadt Braunschweig, als Beitrag zum Klimaschutz auch auf den Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen zu errichten. Leider ist die Umsetzung dieser Absicht in der Vergangenheit nur sehr partiell und zögerlich erfolgt. Das vorzulegende Konzept soll für Rat und Öffentlichkeit erkennbar machen, wie die Stadt hier vorgeht und damit für die Ratsgremien eine Steuerungsmöglichkeit schaffen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 09.02.2016	10	0	0	x	
PIUA am 10.02.2016	9	0	0	x	
FPA am 25.02.2016				x	

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 31

Teilhaushalt: FB 66
Produkt: 1.54.5400.05

Neue Kennzahl S. 804 Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.

„Betreffend das Produkt 1.54.5400.05 Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl. wird als neue Kennzahl ergänzt:

+ "Beschwerden über Zustand von Verkehrsflächen (Ziel: niedrig)““

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 09.02.2016	0	8	1		x
FPA am 25.02.2016					x

Stellungnahme der Verwaltung:

Für eine zentrale Erfassung der Beschwerden, die auf vielen verschiedenen Wegen eingehen, fehlt ein entsprechendes Instrument (EDV-Lösung).

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 32

Teilhaushalt: FB 20

Vorberichtserganzung zum Rest berschussrcklage

„Auf S.72 wird der Vorbericht unter 1.1.3 ergänzt um einen Absatz zum Rest der berschussrcklage, der sich ergäbe, wenn das Basisreinvermgen seit Beginn der doppelten Buchfhrung mit den jeweils jährlichen erreichbaren Kapitalzinsen verzinst worden wäre.“

Begrndung:

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen legen fest, wie die berschussrcklage zu berechnen ist. Sie verheimlichen jedoch einen inflationsbegrndeten Bestandsschwund am städtischen Vermgen, der durch diesen Antrag zumindest nachrichtlich im Haushaltsvorbericht dargestellt wäre.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafr	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	1	10	0		x

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 33

Teilhaushalt: alle

Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten

„Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2017 mit drei Ist-Werten erfolgen -- sofern diese vorhanden sind.“

Begründung:

Anderenfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	0	8	2		x
JHA am 04.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
PIUA am 10.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
Afl am 10.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
FPA am 25.02.2016	3	7	1		x

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 161

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.57.5731.08

BS-Mobil-Ticket

„Die Verwaltung wird gebeten, im Zusammenwirken mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH eine Ausweitung der Nutzungszeit des BS-Mobil-Tickets auf die Zeit vor 9:00 Uhr zu prüfen und dem Rat zeitnah einen Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	6	4	1	x	

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 169

Teilhaushalt: FB 32
Produkt: 1.12.1221.41

Zuzugsprämie in voller Höhe beibehalten

„Die Zuzugsprämie wird auch weiterhin in voller Höhe (200,00€ pro Person) ausbezahlt, eine Reduzierung findet nicht statt. Vielmehr sucht die Verwaltung nach geeigneten Maßnahmen, um die Zahl der Ummeldungen nach Braunschweig zu erhöhen und stellt diese Ideen spätestens im dritten Quartal 2016 dem Rat über seine Ausschüsse vor.“

Begründung:

Die Zuzugsprämie in ihrer derzeitigen Höhe von 200,00 Euro bietet eine gute Maßnahme, um die Zahl der Ummeldungen von bspw. Studierenden nach Braunschweig zu erhöhen. Die Stadt Braunschweig gewinnt damit nicht nur neue Einwohner, sondern wird auch bei den Zuweisungen des Landes stärker bedacht. Es sollte daher beim Anreiz von 200,00 Euro pro Ummeldung bleiben. Die Verwaltung sollte darüber hinaus geeignete Maßnahmen entwickeln, mit denen die Zahl der Ummeldungen nach Braunschweig weiter erhöht werden könnte.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	5	6	0		x

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 170

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2521.04

Eintritt Städtisches Museum

„Auf das pauschale Erheben von Eintritt im Städtischen Museum am Löwenwall wird verzichtet. Das Museum setzt vielmehr die Höhe der Eintrittspreise selbst fest. 50 % der so erzielten Einnahmen fließen in den städtischen Haushalt, die anderen 50 % verbleiben im Budget des Städtischen Museums für bspw. neue Ausstellungen.“

Begründung:

Das Städtische Museum am Löwenwall wie auch dessen Ausstellung in den Räumlichkeiten des Altstadtrathauses erfreut sich großer Beliebtheit unter den Braunschweigern. Bisher wird beim Besuch der Dauerausstellung im Haus am Löwenwall kein Eintritt verlangt. Das Städtische Museum sollte nun zukünftig nicht pauschal 5,00 Euro pro Besucher kassieren, sondern in eigener Zuständigkeit einen Eintrittspreis festlegen. Die Einnahmen daraus sollen, als Anreiz für die Leitung des Museums, nur zu 50 % in den städtischen Haushalt fließen und zur anderen Hälfte im Etat des Städtischen Museums verbleiben.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	7	0		x

Antrag des Stadtbezirksrates 213 – Südstadt, Rautheim, Mascherode

Teilhaushalt: FB 10

Entwicklung eines Konzeptes für ein Bürgerzentrum auf dem Gelände der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne als Grundlage für eine spätere Umsetzung

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Bedarfe für ein Bürgerzentrum unter Einbindung vorliegender Erfahrungswerte und unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner der Gebiete sowie der Bürgergemeinschaft Lindenberg und des Rautheimer Vereins- und Bürgerkreises mit dem Ziel der Entwicklung eines inhaltlichen Konzeptes und der Prüfung der vorhandenen Baulichkeiten der ehemaligen Kaserne zur künftigen Nutzung für ein solches Zentrum zu erheben.“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016	4	5	2		x

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

	1	Steuern und ähnliche Abgaben		327.712.000											
--	---	------------------------------	--	-------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

034	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	Piraten	Erhöhung der Grundsteuer B um ein weiteres % Jedes Prozent, dass die Grundsteuer B angehoben wird, erhöht den Ertrag um 500.000 €.										dauerh.	301210 Grundsteuer B Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung schlägt in den Ansatzveränderungen vor, den Hebesatz der Grundsteuer B ab dem Jahr 2016 von 450 auf 500 Punkte zu erhöhen, was für 2016 zu einer Veranschlagung von 50,8 Mio. € führt. Die Erhöhung der Grundsteuer um ein weiteres Prozent bedeutet eine weitere Erhöhung des Hebesatzes von 500 auf 505 Punkte, die Veranschlagung für 2016 würde auf 51,3 Mio. € ansteigen. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 51,7 Mio. € bzw. 52,1 Mio. € bzw. 52,5 Mio. € ergeben. abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA			+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000			

035	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	Anhebung Gewerbesteuer Der Hebesatz der Gewerbesteuer soll auf 460 angehoben werden. Unter Beachtung von Gewerbesteuerumlage und Finanzausgleich ergibt sich der genannte Betrag. Die reinen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer belaufen sich für 2016 auf ca. 3,1 Mio. Euro.										dauerh.	301310 Gewerbesteuer Anmerkung der Verwaltung: Bei der Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 450 auf 460 Punkte ab 2016 ergeben sich direkt bei der Gewerbesteuer Mehrerträge von 3,0 Mio. €, die Veranschlagung würde dementsprechend 138,0 Mio. € betragen. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 148,2 Mio. €, 161,5 Mio. € bzw. 163,5 Mio. € ergeben. Dem gegenüber stünde ein entsprechender Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage. Mit einer Verzögerung von zwei Jahren würden sich darüber hinaus in einem geringen Umfang Mindererträge beim kommunalen Finanzausgleich ergeben. abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA			+ 3.000.000		+ 3.200.000		+ 3.500.000		+ 3.500.000			

036	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	Piraten	0,5% mehr Gewerbesteuer Es kann nicht sein, dass für die Haushaltskonsolidierung durch Steuern nur die Grundsteuer B genutzt wird - und letztlich Wohnungen und großflächige Gewerbe- und Industriebetriebe belastet werden. Oft geringflächige Dienstleistungsgewerbe sollten genauso zur Finanzierung der Stadt beitragen. Da die Gewerbesteuer - anders als die Grundsteuer - außerdem gewinnabhängig erhoben wird, trägt sie in geringerem Maße die Gefahr, weniger leistungsfähige Betriebe zu gefährden.										dauerh.	301310 Gewerbesteuer Anmerkung der Verwaltung: Der Hebesatz für die Gewerbesteuer beträgt bei der Stadt Braunschweig 450 von Hundert. Die Veranschlagung der Verwaltung für 2016 beträgt auf dieser Basis 135,0 Mio. €. Für Mehrerträge in Höhe von rd. 700.000 € müsste der Hebesatz um 2,34 Punkte auf 452,34 Punkte erhöht werden. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 145,75 Mio. €, 158,8 Mio. € bzw. 160,8 Mio. € ergeben. Dem gegenüber stünde ein entsprechender Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage sowie mit einer Verzögerung von zwei Jahren geringfügige Mindererträge beim kommunalen Finanzausgleich. abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA			+ 700.000		+ 750.000		+ 800.000		+ 800.000			

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
037	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.												dauerh.	303910 Sonstige örtliche Steuern Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1 abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA			+ 31.300		+ 349.500		+ 349.500		+ 349.500				

Teilhaushalt Politische Gremien

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		1.758.600													
038	1.11.1110.01	Politische Gremien	SPD	Haushaltskonsolidierung - Bürgerhaushalt Das Bürgerhaushaltsverfahren wird ein weiteres, drittes Jahr fortgesetzt und dabei ausgewertet. Die bezirklichen Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 bis 2019 weiter zu berücksichtigen. Das Bürgerhaushaltsverfahren wurde erst einmal vollständig durchlaufen. Beim zweiten, noch laufenden Durchgang konnten bereits einige Anlaufschwierigkeiten überwunden werden. Die vorgenommenen Änderungen am Verfahren haben sich bewährt. Eine Einstellung des Bürgerhaushaltsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt wäre verkehrt. Erst im Laufe des Jahres 2016 wird sich zeigen, wie die Stadtbezirksräte mit den Bürgervorschlägen und den bezirklichen Mitteln des Bürgerhaushalts umgehen werden.					+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856		dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt Anmerkung der Verwaltung: Im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Aussetzen des Bürgerhaushalts (BHH) war beabsichtigt, die für den BHH eingerichtete Sachbearbeiterstelle für Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik zu verwenden. Bei einer Fortführung des BHH müsste eine zusätzliche Stelle geschaffen werden (jährliche Kosten A10: rd. 60.000 €). angenommen 7 / 4 / 0	
			FPA					+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856					
039	1.11.1110.01	Politische Gremien	DIE LINKE.	Keine Abschaffung des Bürgerhaushaltes, keine Abschaffung der bezirklichen Mittel! Der Bürgerhaushalt soll weiter geführt und die Mittel für die Bezirksräte zur Verfügung gestellt werden.					+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856		dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt Anmerkung der Verwaltung: siehe Vorschlag Nr. 038	
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nr. 038, Nr. 039 und den Antrag des SBR 132 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 038.					+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856				
SBR	1.11.1110.01	Politische Gremien	SBR 132	Der Stadtbezirksrat bittet, die Fortsetzung des Bürgerhaushaltsverfahrens beizubehalten.					+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856		dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt Anmerkung der Verwaltung: siehe Vorschlag Nr. 038	
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nr. 038, Nr. 039 und den Antrag des SBR 132 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 038.					+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856				
040	1.11.1110.01	Politische Gremien	Piraten	Reduktion der Rats-Entschädigungen um 25% Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.				- 75.000		- 75.000		- 75.000		- 75.000		dauerh.	442110 Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA				- 75.000		- 75.000		- 75.000		- 75.000				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
SBR	000-2114	Stadtbezirksrat 114	SBR 114													dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte
			FPA				+ 7.700		+ 7.700		+ 7.700		+ 7.700				abgelehnt 0 / 11 / 0
SBR	000-2332	Stadtbezirksrat 332	SBR 332													dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte
			FPA				+ 12.300		+ 12.300		+ 12.300		+ 12.300				abgelehnt 1 / 10 / 0
Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung																	
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		16.400													
041	1.11.1116.04	Repräsentationen	Piraten													dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
			FPA				+ 720		+ 720		+ 720		+ 720				abgelehnt 2 / 9 / 0
	6	Privatrechtliche Entgelte		18.800													
042	1.11.1116.04	Repräsentationen	Piraten													dauerh.	341110 Mieten und Pachten
			FPA				+ 825		+ 825		+ 825		+ 825				abgelehnt 2 / 9 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		795.000											
--	----	---	--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

043	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	DIE LINKE.	Keine Beteiligung an "eHealth.Metropolregion" Da dieses Projekt keine Vorteile für die Stadt Braunschweig und den öffentlichen Gesundheitsbereich in Braunschweig erkennen lässt, sollte darauf verzichtet werden. Außerdem beteiligt sich innerhalb der Metropolregion, mit Ausnahme der Stadt Göttingen, keine andere Gebietskörperschaft an diesem zweifelhaften Projekt.									dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen				
			AISG			-	65.000		-	65.000		-	65.000		-	65.000		
			FPA			-	65.000		-	65.000		-	65.000		-	65.000		ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 4 / 7 / 0

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.660.100											
--	----	---	--	-----------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

SBR	1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser	SBR 212	Einrichtung einer Bürgerbegegnungsstätte/Stadteiltreffs im Heidberg Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten in den Haushalt 2016 ausreichende finanzielle Mittel in Höhe von mindestens 50.000 € zur Errichtung eines Stadteiltreffs/Bürgerbegegnungszentrums einzustellen, um die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten sicherzustellen.									einmalig	423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen				
			FPA				+	50.000										abgelehnt 1 / 10 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen															
	18	Transferaufwendungen		32.649.600											
044	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	BIBS	Plansch- und Kinderbereich im Freibad Waggum Zur Steigerung der Attraktivität des Bades für Familien mit kleinen Kindern wird der Bau eines Wasserspielplatzes / Kleinkinderbereichs ähnlich wie im Raffteichbad beantragt. Im letzten Jahr wurde das Freibad Waggum nach erfolgter Sanierung wiedereröffnet. Der aus Kostengründen nicht realisierte Ausbau eines Kleinkinderbereichs wurde von den Besuchern verstärkt nachgefragt. In Anbetracht der Tatsache, dass in unmittelbarer Nähe 110 neue Wohneinheiten entstehen, wird sich diese Nachfrage noch verstärken.								einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen		
			FPA)							abgelehnt 1 / 10 / 0	
SBR	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	SBR 112	Kinderbecken im Sommerbad Waggum Der Stadtbezirksrat 112 beantragt, die Kosten für den Bau eines Wasserspielplatzes / Kleinkinderbereichs oder eines Kinderbeckens für das Sommerbad Waggum im kommenden Haushalt einzuplanen. Die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Förderverein) ist zu prüfen. Das Sommerbad Waggum verfügt bisher nicht über ein entsprechendes Angebot. Nach Kenntnis des Stadtbezirksrates besteht eine Bereitschaft des Fördervereins, sich an den Kosten dieser Baumaßnahme zu beteiligen. Darüber hinaus wäre auch der Einsatz bezirklicher Mittel aus dem Budget 2016 möglich.								einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen		
			FPA)							Erledigt durch Abstimmung über den Antrag Nr. 044.	
045	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	BIBS	Defizit des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg verringern 1. Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg wird für das Jahr 2016 auf maximal 1.500.000 Euro gedeckelt. 2. Die Verwaltung erarbeitet in Abstimmung mit der Flughafengesellschaft die Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes, wie der Flughafen BS-WOB eine mittelfristige Defizitreduzierung auf 0 erreichen und dann ab 2024 ohne Beihilfen auskommen kann. Bereits 2014 hat die EU-Kommission beschlossen, die staatlichen Beihilfen für Flughäfen in der EU zu kappen. Demnach sind für regionale Flughäfen Betriebsbeihilfen nur noch höchstens zehn Jahre lang, also bis 2024, erlaubt. Danach müssen sich die Standorte selber tragen. Diese Vorgabe der EU trifft den höchst defizitär arbeitenden Flughafen BS-WOB besonders, und in Zeiten der nötigen Haushaltskonsolidierung muss die Stadt bestrebt sein, diese Millionenverluste zu reduzieren.									431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen		
			FPA											Der Antrag wurde im FPA getrennt abgestimmt. 1. Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg wird für das Jahr 2016 auf maximal 1.500.000 Euro gedeckelt 2. Die Verwaltung erarbeitet in Abstimmung mit der Flughafengesellschaft die Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes, wie der Flughafen BS-WOB eine mittelfristige Defizitreduzierung auf 0 erreichen und dann ab 2024 ohne Beihilfen auskommen kann.	
														abgelehnt 1 / 9 / 1 angenommen 7 / 4 / 0	
046	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	DIE LINKE.	Defizitausgleich Flughafen beenden Die kommunale Aufgabe besteht in der Organisation der Daseinsvorsorge. Die Finanzierung eines defizitären Flughafens gehört nicht zur Daseinsvorsorge.								dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen		
			FPA				- 1.331.800		- 1.331.800		- 1.331.800		- 1.331.800	abgelehnt 0 / 10 / 1	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
047	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	BIBS												einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1 abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA				- 155.000									
048	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	DIE LINKE.												dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen abgelehnt 0 / 10 / 1
			FPA				- 180.000		- 180.000		- 180.000		- 180.000			
158	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	Piraten												dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen abgelehnt 2 / 6 / 2
			FPA				- 25.000		- 25.000		- 25.000		- 25.000			
049	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	BIBS												dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1. Die Kostenschätzung lag zu den Beratungen in den Fachausschüssen noch nicht vor. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			AfSG				+ 350.000		+ 700.000		+ 700.000		+ 700.000			*)
			BA				*)		*)		*)		*)			*)
			FPA													
				Erledigt durch die Beschlussfassung über den finanzunwirksamen Antrag Nr. 161.												
050	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	BIBS												einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen abgelehnt 3 / 7 / 0
			FPA				+ 1.000.000									

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.157.300											
051	1.25.2910.01	Unterhaltung von Kirchenbauwerken	Piraten											dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche
			FPA						- 20.000		- 20.000		- 20.000		abgelehnt 1 / 8 / 1
052	1.57.5731.06	Gaststätten -BgA-	Piraten											dauerh.	445517/18 Erstattungen an Gebäudemanagement Betriebskosten warm/kalt
			FPA				- 23.000		- 23.000		- 23.000		- 23.000		abgelehnt 1 / 8 / 1
Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit															
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		6.441.400											
053	1.12.1221.12	Gewerbe	Piraten											dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
			FPA				+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
054	1.12.1221.12	Gewerbe	Piraten											dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren
			FPA				+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		708.900											
159	1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	Piraten											dauerh.	426120 Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung
			FPA				+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
															abgelehnt 1 / 10 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr															
	Diverse														
055	1.12.1260.14	Service	Piraten	Feuerwehrleistungen für Dritte Einsparung durch Nachverhandlungen bei 1.12.1260.14 Service "Feuerwehrleistungen für Dritte" - oder Einstellung dieses Produkts.								dauerh.	diverse Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1		
			FwA				- 200.000		- 200.000		- 200.000		- 200.000		abgelehnt 0 / 8 / 1
			FPA												abgelehnt **)
Teilhaushalt FB 40 - Schule															
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		126.000											
056	1.21.2430.14	Schulraumvergabe	Piraten	Nutzung von Schulräumen für schulfremde Zwecke Die Tarife wurden seit 2002 nicht geändert. Wir beantragen daher eine Inflationsanpassung der Tarife um 2%/Jahr für die Nutzung von Schulräumen für schulfremde Zwecke.								dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte Anmerkung der Verwaltung: Der Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Überlassung städtischer Schulräume und Schulplätze für schulfremde Zwecke soll überarbeitet werden. In diesem Zusammenhang Mehreinnahmen von 300.000 €/Jahr zu erzielen ist unrealistisch. Der derzeitige Haushaltsansatz für 2016 liegt bei einer Einnahmeerwartung von 126.000 €. Darin ist ein pauschales Entgelt der Volkshochschule Braunschweig GmbH für die Nutzung von Schulräumen enthalten, das rund zwei Drittel der Einnahmeerwartung ausmacht.		
			SchA				+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		abgelehnt 0 / 17 / 0
			FPA												abgelehnt 1 / 9 / 1
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.816.800											
057	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	Piraten	Schuletat (Schulgirokosten) nicht kürzen Die Beschaffung von Lehrmaterialien erfolgt schon zu oft aus der Privattasche engagierter Lehrer.								dauerh.	427160 Lehrmittelbedarf		
			SchA				+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		angenommen 11 / 7 / 0
			FPA				+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		angenommen **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019				
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	18	Transferaufwendungen		192.000												
155 neu	1.21.2170.11	Schulentwicklung und -organisation	CDU	Gerechte Mittagessenpreise für die Gymnasien Ricarda-Huch und Neue Oberschule Mit der Umsetzung dieses Antrages sollen endlich gerechte Mittagessenpreise für die Gymnasien Ricarda-Huch und Neue Oberschule realisiert werden. Grundlage ist das in der Mitteilung 15-00534 beschriebene Konzept, welches am 2. Oktober 2015 im Schulausschuss diskutiert wurde.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			SchA				+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500			
			FPA				+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500			angenommen 16 / 0 / 0
							<u>+ 34.500</u>		<u>+ 34.500</u>		<u>+ 34.500</u>		<u>+ 34.500</u>			angenommen **)
058	1.21.2170.11	Schulentwicklung und -organisation	SPD	Mittagessenversorgung der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule in der Mensa der TU Braunschweig Für die Mittagessenversorgung der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule in der Mensa der TU Braunschweig werden 34.500 € in den Haushalt eingestellt. Auf die Mitteilung der Verwaltung zur Schulausschusssitzung am 02.10.2015 (Vorlage 15-00534) wird Bezug genommen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			SchA				+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500			
059	1.21.2170.11	Schulentwicklung und -organisation	DIE LINKE.	Zuschuss Mittagessen Ricarda-Huch-Schule und NO Die Preise des Mittagessens für die Schülerinnen und Schüler der Neuen Oberschule und der Richarda-Huch-Schule sollen an die Preise der anderen Schulen angeglichen werden. Dabei soll das in Mitteilung 15-00534 beschriebene Konzept umgesetzt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			SchA				+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500			

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
060	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	BIBS												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine Förderung von Maßnahmen der politischen Jugendbildung außerhalb des Arbeitskreises Politische Jugend (APJ) ist bisher nicht vorgesehen. abgelehnt 1 / 10 / 4 abgelehnt **)
			SchA				+ 1.975									
			FPA													
061	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	Piraten												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Zuschuss an den Arbeitskreis Politische Jugend handelt es sich um eine Projektförderung von Veranstaltungen politischer Bildung, so dass er einer Begrenzung staatlicher Parteienfinanzierung nicht unterliegt (§ 24 Abs. 12 Parteiengesetz). abgelehnt 2 / 13 / 1 abgelehnt **)
			SchA				- 7.900		- 7.900		- 7.900		- 7.900			
			FPA													
	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 13 / 0 / 3 angenommen **)
			SchA				0		0		0		0			
			FPA				<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
062	diverse		SPD												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 10 / 1 / 5 angenommen **)
			SchA				+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500			
			FPA				<u>+ 1.500</u>		<u>+ 1.500</u>		<u>+ 1.500</u>		<u>+ 1.500</u>			

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
19		sonstige ordentliche Aufwendungen		49.165.300												
063	1.21.2410.13	Schülerbeförderung	SPD	Kostengünstige Schülerfahrkarten In den Haushalt 2016 werden 10.000 € eingestellt für ein Gutachten zur Begutachtung und Weiterentwicklung der Ergebnisse der AG SchülerInnenfahrkarten, die aus der Jugendkonferenz im September 2013 hervorgegangen ist. Die AG SchülerInnenfahrkarten hat nach mehrjähriger Arbeit am 15. Juli 2015 das letzte Mal getagt. Die Ergebnisse wurden anschließend den Fraktionen vorgestellt. Eine direkte Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge ist nicht möglich bzw. finanziell nicht darstellbar. Durch ein Gutachten soll geprüft werden, welche Angebotsformen für kostengünstige Schülerfahrten aufbauend auf den Vorschlägen der AG realisierbar wären.											einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten
			SchA				+ 10.000									angenommen 14 / 0 / 2
			FPA				+ 10.000									angenommen **)

Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

	Diverse															
064	1.25.2514.06	Öffentlichkeitsarbeit Archiv	Piraten	Öffentlichkeitsarbeit Archiv Sachkosten aus 1.25.2514.06 Öffentlichkeitsarbeit Archiv sollen entfallen (freiwerdende Personalbestandteile sollen in 1.25.2514.11 mitarbeiten). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.											dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Auf dem Produkt sind lediglich 18.300 € an direkten Einzelkosten geplant, u.a. für die Pfingsttagung des Hansischen Geschichtsvereins im Mai und für die allg. Stärkung des Wissenschaftsstandorts Braunschweig. Die restlichen Kosten auf diesem Produkt sind fast ausschließlich Folge der anteiligen Verteilung der Miet- und Mietnebenkosten für das Schloss auf das Stadtarchiv. Dieses Produkt wird dabei anteilig mit 53 T€ belastet. Eine Kürzung von Sachkosten in beantragter Höhe ist deshalb nicht möglich.
			AfKW				- 30.000									abgelehnt 0 / 9 / 1
			FPA				- 30.000									abgelehnt **)
065	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltung sonstiger Kulturpflege	BIBS	Durchführung der Braunschweiger Kulturnacht auch 2016 Die Braunschweiger Kulturnacht wird auch 2016 durchgeführt. Die dafür erforderlichen städtischen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.											einmalig	diverse Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthält keine Beträge. Bei den hier eingesetzten Werten handelt es sich um die Beträge, die vor der Konsolidierung im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt waren.
			AfKW			+ 70.000	+ 120.000									abgelehnt 1 / 8 / 1
			FPA													abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	18	Transferaufwendungen		12.229.200												
066	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Bund Bildender Künstler Bei dem Bund Bildender Künstler handelt es sich um einen Berufsverband. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			-	58.600	-	58.600	-	58.600	-	58.600	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen. abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)
			AfKW													
			FPA													
067	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Kunstverein Braunschweig Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			-	176.000	-	176.000	-	176.000	-	176.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen. abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)
			AfKW													
			FPA													
068	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten	Museum für Photographie Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			-	140.000	-	140.000	-	140.000	-	140.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen. abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)
			AfKW													
			FPA													
069	1.25.2620.10	Projekt- u. Konzept-Förderung Musik	Piraten	Gospelkirchentag 2016 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			-	100.000							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 0 / 9 / 1 abgelehnt **)
			AfKW													
			FPA													
070	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	DIE LINKE.	Zuschuss für Radio Okerwelle			+	40.000	+	40.000	+	40.000	+	40.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 7 / 2 abgelehnt **)
			AfKW													
			FPA													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat															
	Diverse														
071	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Integrationskonzept: Interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung Für die interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung erfolgt eine Ansatzerhöhung um 20.000 € im Haushalt. Zu diesem Zeitpunkt der verstärkten Flüchtlingsintegration stellt sich die Frage nach interkultureller Kompetenz besonders gegenüber dieser Klientel in verschärftem Maße. Eine Erhöhung des Etats der Koordinierungsstelle würde diese befähigen, ihre Aufgaben auf diesen Sektor zu erweitern, um so den Bedürfnissen des Personals in der Verwaltung und anderen Institutionen gerecht zu werden.										einmalig	diverse
			Afl				+ 20.000								
			FPA				+ 20.000								
				Der Antrag wird für erledigt erklärt, da die Aufwendungen in der Einplanung für die Flüchtlingsthematik enthalten sind.											ohne Beschlussempfehlung passieren lassen

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019				
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
18	18	Transferaufwendungen		230.500												
072	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Heidberg AKTIV Seit 2011 fördert das integrative Stadtteilprojekt Heidberg AKTIV das friedliche Miteinander aller Bewohnergruppen im Heidberg. Es hat den Stadtteil aufgewertet u. attraktiver gemacht. Durch Beratungs-, Kurs- und Freizeitangebote fördert die Koordinatorin, unterstützt durch Honorarkräfte, Praktikanten und Ehrenamtliche, Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe, ein soziales, stabiles Umfeld sowie den interkulturellen Austausch. Die kooperativen Angebote werden von der Bewohnerschaft, den örtlichen Gremien, den Institutionen, der Lokalpolitik, den Kirchengemeinden und den Wohnungsunternehmen positiv angenommen und gestützt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfI				+ 35.000									angenommen 7 / 4 / 0
			FPA	Der Antrag wird von der SPD zeitlich angepasst und anschließend abgestimmt.										dauerh.	angenommen 6 / 5 / 0	
							+ 35.000									
073	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	AWO Migrationsberatung - Heidberg AKTIV Der Stadtteil Heidberg weist spezifische Problemlagen (hoher Altersdurchschnitt der Bevölkerung, hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten) auf. In diesem Kontext hat das Stadtteilprojekt Heidberg AKTIV in den letzten Jahren eine erfolgreiche Arbeit geleistet und hat mit dazu beigetragen, das friedliche Miteinander aller Bevölkerungsgruppen im Stadtteil zu fördern. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit der letzten Jahre beantragen wir deshalb für die kommenden Jahre einen dauerhaften Zuschuss in oben genannter Höhe.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfI				+ 35.000									abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA	Die Anträge Nrn. 073 sowie 075 wurden zusammen abgestimmt. Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 072, 073 und 075 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 072.												
074	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Förderung des Projektes "Heidberg Aktiv" Das integrative Stadtteilprojekt "Heidberg aktiv" erbittet für 2016 die Bereitstellung städtischer Mittel für Personalkosten, um die Fortsetzung der bewährten und immer wieder neu zu planenden Angebotsstruktur, die Anschaffung der notwendigen Sachmittel sowie die Verbesserung der Vernetzungsarbeit im Stadtteil zu gewährleisten. Die Angebote des Stadtteilprojektes werden von der Bewohnerschaft, den örtlichen Gremien, den Institutionen und vielen weiteren Akteuren begrüßt, positiv angenommen und unterstützt.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfI				+ 43.000									abgelehnt 3 / 4 / 4
			FPA												abgelehnt **)	
075	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.	Förderung des Projektes "Heidberg Aktiv" Heidberg Aktiv weiterführen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfI				+ 35.000									Die Anträge Nrn. 073 sowie 075 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 073.
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 072, 073 und 075 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 072.												

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019					
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 212	Förderung des Integrativen Stadtteilprojekts "Heidelberg Aktiv" Es wird darum gebeten, das Integrative Stadtteilprojekt Heidelberg Aktiv im Jahr 2016 mit dem Betrag in Höhe von 43.204,09 € zu fördern und entsprechende Haushaltsmittel in dieser Höhe bereitzustellen.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
			Afl				+ 43.300										abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA														abgelehnt **)
076	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Nähwerk statt Flickwerk Die Nähwerkstatt Flickwerk ist ein gelungenes Projekt der Integration. Sie ist ein positives, niederschwelliges Angebot für den Bereich der Sozialen Stadt im westlichen Ringgebiet. Sie ist ein Treffpunkt für Frauen mit Migrationshintergrund, arbeitslose Menschen und bietet auch einen Schutzraum für Menschen mit sozialen und psychischen Problemen. Neben dem handwerklichen Angebot finden Beratung und Unterstützung für das tägliche Leben statt. Die Nähwerkstatt hat sich 2015 positiv weiterentwickelt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
			Afl				+ 38.000										Der Antrag Nr. 076 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt.
			FPA				+ 38.000										Der Antrag wird von der SPD zeitlich angepasst und anschließend abgestimmt.
							<u>+ 38.000</u>		<u>+ 38.000</u>								zwei Jahre angenommen 7 / 4 / 0 angenommen 7 / 4 / 0
077	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Nähwerk statt Flickwerk Das Projekt „Nähwerk statt Flickwerk“ bietet seit 2008 erfolgreich ein niederschwelliges Angebot gerade für Frauen mit Migrationshintergrund im Westlichen Ringgebiet. In den letzten Jahren hat die Nähwerkstatt zweifelsfrei unter Beweis gestellt, dass sie wichtige Arbeit im Bereich der Integration und Beratung leistet. Wir beantragen deshalb, dieser Einrichtung vom Jahr 2016 an einen dauerhaften Zuschuss in der oben genannten Höhe zu gewähren.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
			Afl				+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000				Die Anträge Nrn. 077 sowie 079 wurden zusammen abgestimmt.
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den geänderten Antrag Nr. 076 (s. oben).											abgelehnt 4 / 4 / 3		
078	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Nähwerk statt Flickwerk Die Förderung für das Modellvorhaben "Nähwerk statt Flickwerk" im Sanierungsgebiet Soziale Stadt ist Ende 2012 ausgelaufen. Um das sowohl bei den BesucherInnen als auch im sozialen Netzwerk des Stadtteils fest verankerte Angebot weiterführen zu können, sollen städtische Mittel zur Fortsetzung des Projekts bereitgestellt werden. Seit dem Auslaufen der Förderung durch die Soziale Stadt konnten die Angebote erweitert werden. Zur weiteren Entwicklung will die Nähwerkstatt das Angebot um Projekte wie z.B. zu Themen der "politischen Bildung", "Stadteroberung" sowie den Aufbau integrativer Jugendarbeit erweitern.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
			Afl				+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000				abgelehnt 3 / 4 / 4
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den geänderten Antrag Nr. 076 (s. oben).													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019					
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
079	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 38.000			+ 38.000			+ 38.000				
			FPA														
				Näherwerkstatt Jahnstr. Näherwerkstatt Jahnstr. wie im vergangenen Jahr fördern.													
				Die Anträge Nrn. 077 sowie 079 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 077.													
				Erledigt durch die Beschlussfassung über den geänderten Antrag Nr. 076 (s. oben).													
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 310													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 38.000										
			FPA														
				Zuschuss Näherwerkstatt "Flickwerk" Die Näherwerkstatt "Flickwerk" erhält einen Zuschuss von 38.000 €.													
				Der Antrag Nr. 076 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 076.													
				Erledigt durch die Beschlussfassung über den geänderten Antrag Nr. 076 (s. oben).													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
080	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Haus der Kulturen Das Haus der Kulturen ist inzwischen eine voll etablierte Einrichtung und wird sehr gut angenommen. Zum vierten Mal ist ein umfangreiches Programm mit ca. 70 Veranstaltungen je Halbjahr erstellt worden. So hat sich das Haus der Kulturen in kurzer Zeit zu einem „Gesicht der Vielfalt in Braunschweig“ mit überregionaler Ausstrahlung entwickelt. Durch die Zuschusserhöhung um 30.000 Euro im Jahr 2015 konnten Überstunden reduziert und eine Person für den Bistrobereich fest eingestellt werden. So wurden dauerhafte Öffnungszeiten gewährleistet. Für 2016 ist daher erneut die Zuschusshöhe des Vorjahres anzusetzen.											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			Afl				+ 30.000										angenommen 7 / 4 / 0
			FPA	Der Antrag wird von der SPD zeitlich angepasst und anschließend abgestimmt.											dauerh.	angenommen 6 / 4 / 1	
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000				
081	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Haus der Kulturen Der städtische Zuschuss für das Haus der Kulturen wurde im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2015 einmalig auf 130.000 € aufgestockt. Um die städtischen Zuschüsse an das Niveau anzupassen, dass die Rahmenplanung als Minimum für einen erfolgreichen Betrieb des Hauses der Kulturen vorgesehen hat, beantragen wir, den städtischen Zuschuss ab dem Jahr 2016 dauerhaft um 30.000 € pro Jahr zu erhöhen.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000				abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 080 bis 084 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 080.													
082	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Haus der Kulturen Auch 2015 wurde die Arbeit des Hauses der Kulturen gut angenommen. Im Mittelpunkt der Arbeit, die das Zusammenleben fördert, stehen die Aktivitäten der Migrant*innen-Communities. Insbesondere institutionelle Nutzer finden immer mehr den Weg in das Haus und tragen damit dazu bei, Berührungspunkte mit Migrant*innen zu erschließen. Mit einer dauerhaften städtischen Förderung auf gleichem Niveau soll die effektive Ausgestaltung des Konzeptes ermöglicht werden.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000				
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 080 bis 084 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 080.													
083	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.	Haus der Kulturen Haus der Kulturen wie im vergangenen Jahr fördern.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl				+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000				
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat die Anträge Nrn. 080 bis 084 zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 080.													
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
084	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Piraten												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			
			AfI													ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA				+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			abgelehnt 1 / 9 / 1
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 310												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 50.000									
			AfI													Der Antrag Nr. 084 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 084.
			FPA													Der Antrag wird für erledigt erklärt, da die Haushaltsmittel für 2016 im Teilhaushalt FB 51 zur Verfügung stehen.

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

18		Transferaufwendungen		121.068.900												
SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 321												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
))))			
			AfSG													Der Antrag wird nach mündlicher Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet.
085	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 3.000		+ 3.000		+ 3.000		+ 3.000			
			AfSG													abgelehnt 4 / 7 / 0
			FPA													abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
086	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG													abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA													abgelehnt **)
087	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG													abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA													abgelehnt **)
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG													abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA													abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
092	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Netzwerk Nächstenliebe Das Netzwerk Nächstenliebe benötigt finanzielle Unterstützung durch die Stadt, weil durch die Fusion des Diakonischen Werkes der Landeskirche Braunschweig mit dem Diakonischen Werk in Niedersachsen dem Verein bisher gewährte Fördermittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Das gefährdet den Fortbestand der Arbeit.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG														abgelehnt 1 / 10 / 0
			FPA														abgelehnt **)
093	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	SPD	Lukas-Werk (Einrichtungen für Suchtkranke) Das Lukas-Werk ist mit jährlich über 1200 Klienten erste Anlaufstelle in Braunschweig für Menschen mit Suchtproblemen mit den Schwerpunkten Alkohol, Medikamente und Glücks-spiel. Das Land fordert für eine Suchtberatungsstelle eine Mindestausstattung von zwei Voll-zeitstellen im Rahmen der institutionellen Förderung. Die Landesförderung in Höhe von rund 90.000 € reicht nicht für die Personalkosten, die Sachkosten sind ebenfalls nicht gedeckt. Ohne die Erhöhung der Förderung durch die Stadt Braunschweig für die Suchtberatung und Prävention sind damit auch die Landesmittel für die geforderte Mindestausstattung gefährdet.											eimalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG														Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag zeitlich angepasst und durch Beschlussfassung über die Anträge 94 und 95 als erledigt angesehen.
094	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Lukas-Werk Das Lukas-Werk bietet wichtige und in dieser Form für Braunschweig einmalige Angebote für Menschen mit Alkoholproblemen. Die Zuschüsse für diese Einrichtung, die zum Haushalt 2015 einmalig erhöht wurden, sollten dauerhaft in dieser Höhe gewährt werden. Außerdem wird beantragt, die Zuschüsse für das Lukas-Werk in die übliche Dynamisierung aufzunehmen.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG														Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag betraglich angepasst. Die Anträge Nrn. 094 sowie 095 wurden zusammen abgestimmt.
			FPA														angenommen 4 / 0 / 7 angenommen **)
095	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BIBS	Erhöhter Zuschuss für das Lukas-Werk Das Lukas-Werk in Braunschweig ist mit jährlich mehr als 1.200 Klienten erste Anlaufstelle in der Stadt Braunschweig für Menschen mit Suchtproblemen mit den Schwerpunkten Alkohol, Medikamenten und Glücksspiel. Das Land fordert für eine Suchtberatungsstelle eine Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen im Rahmen der institutionellen Förderung. Die dafür gewährte Landesförderung reicht nicht für die Personalkosten, die Sachkosten sind nicht gedeckt. Zur Fortführung der Suchtberatung und -prävention im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge benötigt das Lukas-Werk daher dringend institutionelle Förderung.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG														Die Anträge Nrn. 094 sowie 095 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 094.

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
096	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD	Pro Familia Projekt Teens plus Babys Das Projekt "Teens plus Babys" ist eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre. Die Gruppe findet einmal wöchentlich statt und ist eine wichtige Orientierungshilfe für die jungen Frauen und ihre Familien: Förderung einer positiven Mutter-Kind-Interaktion, Stärkung der Erziehungskompetenz, Vermitteln gesundheitlicher Informationen und praktische Unterstützung bei der Lebensplanung. Die Förderung umfasst anteilig die Personalkosten für 15 Std. (Dipl./BA Sozialpäd.).											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG				+ 10.000										
			FPA				+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000						angenommen 7 / 4 / 0 angenommen **)
097	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Pro familia – (Projekt "Teens plus Babys") Die Zuschüsse für dieses sinnvolle und in dieser Form in Braunschweig einmalige Beratungsangebot wurden in den letzten Jahren jeweils nur einmalig bewilligt. In Zukunft sollten die Zuschüsse dauerhaft gezahlt und in die Dynamisierung aufgenommen werden.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG				+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000				abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA														abgelehnt **)
098	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Pro Familia (Projekt "Teens plus Babys") Seit einigen Jahren bietet die pro familia Beratungsstelle das Angebot "Teens plus babies - eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre" an. Um dieses sehr erfolgreiche Angebot erhalten zu können und Planungssicherheit zu erhalten, soll das Projekt dauerhafte städtische Förderung erhalten.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG				+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000				abgelehnt 4 / 4 / 3
			FPA														abgelehnt **)
099	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Verein für sexuelle Emanzipation e.V. (VSE) Der VSE ist die Interessenvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans, Intersexuelle und queere Menschen in Braunschweig und ist Dach für verschiedene Gruppen und Aktivitäten sowie Träger des queeren Zentrums "Onkel Emma". Nun erhöht sich der Bedarf für weitere Betätigungsfelder, in denen der Verein noch nicht ausreichend aktiv ist.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				+ 5.700		+ 5.700		+ 5.700		+ 5.700				abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA														abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie															
	Diverse														
100	1.36.3630.15	Sonstige Hilfen	Piraten	Elternbriefe nur beim 1. Kind verschicken Wer schon ein Kind (und die Elternbrief dazu) hat, braucht die Informationen nicht erneut. Die Einsparung ergibt sich unter der Annahme, dass 500 Kinder nicht-erste Kinder sind, das Porto 30 Cent kostet und 12 Briefe verschickt werden.								dauerh.	diverse		
			JHA		- 2.000		- 2.000		- 2.000		- 2.000				
			FPA	Der Antrag wurde zurückgezogen.											
101	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	DIE LINKE.	Kostenfreie Bildung - Keine Kita-Entgelte! Die beiden Kindergartenjahre sollen auch zukünftig entgeltfrei sein.								dauerh.	diverse		
			JHA		- 2.375.000		- 5.700.000		- 5.700.000		- 5.700.000				
			FPA	Erledigt durch Beschlussfassung über den Antrag DS 16-01629 und den Änderungsantrag DS 16-01715.									abgelehnt 1 / 6 / 4		
102	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	Piraten	Kindergartenentgelte nicht einführen Wir Piraten halten kostenlose Bildung für eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, daher haben wir die Befreiung von Kita-Gebühren im Jahre 2011 als langfristige Investition in Bildung sehr begrüßt. Dies jetzt rückgängig zu machen, ist kurzsichtige Politik auf Kosten der nächsten Generationen - und damit auch der langfristigen Entwicklung der Stadt.								dauerh.	diverse		
			JHA		- 1.583.000		- 3.800.000		- 3.800.000		- 3.800.000				
			FPA	Erledigt durch Beschlussfassung über den Antrag DS 16-01629 und den Änderungsantrag DS 16-01715.									abgelehnt 1 / 6 / 4		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019				
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	18	Transferaufwendungen		105.714.300												
103	1.36.3660.02	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	Piraten	0,5-Stelle Medienkoordination AWO Kinder- und Jugendzentrum Schiene Medienbildung in Braunschweig gemäß Antrag Kinder- und Jugendzentrum Schiene. Die medienpädagogische Arbeit ist seit Jahren verbesserungsfähig. Es besteht die Möglichkeit durch AWO als freien Träger mit qualifiziertem Personal zu einer Verbesserung beizutragen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			JHA				+ 37.125			+ 37.125			+ 37.125			abgelehnt 2 / 10 / 0
			FPA													abgelehnt **)
104	510-3200	Einr. freier Träger	SPD	Weiterer Ausbau von Familienzentren Der Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsorientierten Versorgung mit Familienzentren wird 2016 fortgesetzt. Zum Kindergartenjahr 2016/2017 werden zunächst vier Kindertagesstätten zu Familienzentren umgewandelt und in die Förderung entsprechend dem vom Rat beschlossenen Konzeptrahmen und den Kriterien für Familienzentren aufgenommen. Die erforderlichen Haushaltsmittel für zusätzliche Personal- und Sachkosten in Höhe von zurzeit 40.000 € jährlich pro Familienzentrum sind einzustellen. Seit Beginn des Kindergartenjahres 2012/2013 wird in den Stadtteilen mit Förderbedarf der Ausbau von Regelkindertagesstätten zu Familienzentren gefördert. Sie zeichnen sich durch ein umfassendes, deutlich über das Regelangebot von Kindertagesstätten hinausgehendes Angebotspektrum für alle Kinder und Eltern im Umfeld der Einrichtungen aus. Zurzeit erhalten zehn Familienzentren einen jährlichen Förderbetrag von rd. 400.000 € für Personal- und Sachkosten. Die Verwaltung hat in der Vorlage 15-00509 Kriterien für die Standorte weiterer Familienzentren genannt, die beim o. g. Ausbau berücksichtigt werden sollten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			JHA				+ 70.000			+ 160.000			+ 160.000			angenommen 9 / 4 / 0
			FPA				+ 70.000			+ 160.000			+ 160.000			angenommen **)
							+ 70.000			+ 160.000			+ 160.000			
105	510-3200	Einr. freier Träger	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umwandlung von Kindertagesstätten zu Familienzentren zum Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsorientierten Versorgung fortzusetzen. Hierzu wird der Ausbau von stadtweit 15 weiteren Familienzentren entsprechend der Mitteilung Drucksache Nr. 15-00244 beschlossen. 2. Ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 werden im zweijährigen Rhythmus jeweils bis zu vier Kindertagesstätten in die Förderung entsprechend des vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossenen Konzeptrahmens und der Kriterien für Familienzentren aufgenommen. Zum Kindergartenjahr 2016/2017 soll mit vier Familienzentren begonnen werden. 3. Die erforderlichen Haushaltsmittel für zusätzliche Personal- und Sachkosten sind ab dem Jahr 2016 einzustellen. Sie betragen zurzeit je Familienzentrum 40.000 € p.a. und werden ab 2016 entsprechend der Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen dynamisiert. In den Haushaltsplan 2016 sind für vier neue Familienzentren anteilige Haushaltsmittel von 70.000 € einzustellen. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2015 die Verwaltung gebeten, den weiteren Ausbau der Familienzentren gemäß der Mitteilung DS 15-00244 „Familienzentren in Braunschweig“ aktiv zu verfolgen und zusätzliche Mittel für die Fortsetzung des Ausbauprogramms in den Haushaltsentwurf 2016 aufzunehmen. Der hier vorgelegte Antrag unterstützt den Beschluss des Jugendhilfeausschusses auf der Basis der Analyse der Verwaltung. Aus unserer Sicht sollte dabei der Förderung des bereits bestehenden Familienzentrums Lamme eine hohe Priorität eingeräumt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			JHA				+ 70.000			+ 160.000			+ 160.000			Die Anträge Nrn. 104 sowie 105 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 104.

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019							
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
SBR	510-3200	Einr. freier Träger	SBR 321																
			JHA				+ 16.700			+ 40.000			+ 40.000						
			FPA				+ 16.700			+ 40.000			+ 40.000						
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		9.002.000															
106	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN																
			JHA				+ 51.000			+ 51.000			+ 51.000						
			FPA																
107	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	Piraten																
			JHA				+ 51.000			+ 51.000			+ 51.000						
			FPA																

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

	5	Öffentlich-rechliche Entgelte		1.755.000											
--	---	-------------------------------	--	-----------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

157 neu	1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	BIBS	<p>Die Stadt Braunschweig übernimmt die Kosten für eine Akteneinsicht der Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) in Höhe von 413,70 Euro. Die BISS hatte eine Akteneinsicht in die Bauunterlagen der Firmen am Gieselweg und Harxbütteler Straße in Braunschweig beantragt. Damit sollte - letztlich auch im Sinne der Stadt Braunschweig - mehr Transparenz geschaffen werden. Leider erhielt die BISS trotz ihrer Bitte, die Kosten im Vorfeld genannt zu bekommen, nur umfangreich geschwärzte Unterlagen und eine Rechnung in Höhe von 413,70 €. Daher bittet die BISS die Stadt um die Kostenerstattung, da sie zur Einhaltung der Zahlungsfristen den Betrag bereits an die Stadtverwaltung überwiesen haben. Die BISS merkt in diesem Zusammenhang auch an, dass sie der Stadt BS ihre Informationen immer kostenlos zur Verfügung gestellt hat, insbesondere das Rechtsgutachten (Kostenpunkt 6006 Euro), das die Stadt in die Lage versetzte, die Ansiedlung von mit radioaktiven Materialien umgehenden Firmen auf dem Gelände zukünftig auszuschließen.</p>										dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren		
			PIUA			-	414										
			FPA														
																	abgelehnt 2 / 6 / 2
																	abgelehnt **)

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse																
--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

108	1.51.5119.02	Öffentlichkeitsarbeit	Piraten	<p>Öffentlichkeitsarbeit Öffentlichkeitsarbeit soll beim Ansatz von 2015 bleiben (der auch schon ganz schön hoch war).</p>										dauerh.	Diverse Sachkonten		
			PIUA				-	150.000			-	150.000					
			FPA				-	150.000			-	150.000					
																	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
				Der Antrag wurde zurückgezogen.													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019					
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
171 neu	1.56.5610.15	Klimaschutz	BIBS	<p>Herausgabe eines "Klimasparbuches" für die Stadt Braunschweig Die Stadt Braunschweig erarbeitet mit dem Oekom-Verlag die Herausgabe eines „Klimasparbuches“. Die Verwaltung gibt die für die Realisierung des Klimasparbuch erforderlichen Haushaltsmittel an. Dabei wird auch die Möglichkeit der Einbeziehung von Sponsoren berücksichtigt</p> <p>Das sog. „Klimasparbuch“ wird vom Oekom-Verlag in Zusammenarbeit mit Regionen / Kommunen herausgegeben. Klimasparbücher gibt es schon deutschlandweit für ca. 30 Kommunen bzw. Regionen. In Kürze wird ein solches Klimasparbuch für Salzgitter erscheinen. Die redaktionelle Erstellung (Bestaltung, Texte) übernimmt grundsätzlich der o.g. Verlag. Eigenbeiträge aus dem Bereich der jeweiligen Kommune sind aber möglich.</p> <p>Das „Klimasparbuch“ ist ein handlicher, praxisorientierter Ratgeber und Stadtführer für den Klimaschutz vor Ort. Überzeugend daran ist, dass nicht nur die übliche Energiesparschiene bedient wird, sondern auch weitergehende klimarelevante Aspekte wie Klimabewusste Ernährung sowie biotische Ansätze des Klimaschutzes (z.B. Vegetation => Urban gardening, Fassaden- und Dachbegrünung, Bodenschutz etc.) berücksichtigt werden. Das „Klimasparbuch“ nimmt die LeserInnen an die Hand und führt sie in ihrer Stadt, ihrem Landkreis oder ihrer Region dorthin, wo sie klimafreundlich einkaufen, essen und entspannen können und informiert über nachhaltige Initiativen und Beteiligungsmöglichkeiten.</p> <p>Neben praktischen Tipps zu Klimaschutz im Alltag enthält das Klimasparbuch auch verbrauchernahe Anreize: regional zugeschnittene, attraktive Gutscheine und Rabattangebote für umweltfreundliche Produkte aus allen Lebensbereichen – von öko-fairer Kleidung und Bio-Nahrungsmitteln bis hin zum Car-Sharing. Durchschnittlich enthält jedes „Klimasparbuch“ 30 bis 40 Gutscheine. Sein Einsatz wird durch Informationsveranstaltungen für Verbraucher und regionale Öffentlichkeitsarbeit rund um die Klimaschutzbemühungen der beteiligten Partner flankiert.</p> <p>https://www.facebook.com/klimasparbuch http://www.klimasparbuch.net/home.html http://www.oekom.de/buecher/buchreihen/klimasparbuch.html</p>											Diverse Sachkonten		
			FPA													abgelehnt 2 / 7 / 2	
	6	Privatrechtliche Entgelte		10.000													
109	1.51.5112.04	Geodatenservice	Piraten	<p>Geodatenservice In den vergangenen Jahren war das Ergebnis immer wesentlich besser als der Ansatz.</p>										dauerh.	342110 Erträge aus Verkauf		
			PIUA			+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000					angenommen 5 / 3 / 0
			FPA			<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>					angenommen **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

***) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		17.208.200											
--	----	-----------------------------------	--	------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

SBR	1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	SBR 112	Geschwindigkeitsmesstafeln Der Stadtbezirksrat 112 stellt den Antrag, die Kosten für die Anschaffung und den Betrieb von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln in Höhe von ca. 5.200 € für die Ortsdurchfahrt im Stadtbezirk in den Haushalt einzustellen. Die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Sponsoring) ist zu prüfen.											dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Personal zum Betrieb steht nicht zur Verfügung. Der Antrag enthielt keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung betragen die Aufwendungen ca. 2.000 € pro Jahr. Hier sind nur die anteiligen Mittel für den Betrieb berücksichtigt, bez. der Anschaffung s.a. Liste "Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015-2019)" abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			BA				+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000			
			FPA													

SBR	1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	SBR 321	Mobiles Geschwindigkeitsmessdisplay Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel, die zur Beschaffung und zum Betrieb eines mobilen Geschwindigkeitsmessdisplays vornehmlich im Stadtbezirk 321 notwendig sind, in den Haushalt 2016 einzustellen.											dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Personal zum Betrieb steht nicht zur Verfügung. Der Antrag enthielt keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung betragen die Aufwendungen ca. 1.000 € pro Jahr. Hier sind nur die anteiligen Mittel für den Betrieb berücksichtigt, bez. der Anschaffung s.a. Liste "Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015-2019)" abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			BA				+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000			
			FPA													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

***) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
110	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BIBS												einmalig	427115 Planungskosten Anmerkung der Verwaltung: Im Antrag war kein Betrag angegeben. Nach einer ersten groben Schätzung wird ein Betrag von ca. 1.000 € benötigt. Für den Verkehr im Umfeld des Flughafens steht noch ein abschließendes planungsrechtliches Verfahren aus. In diesem Zusammenhang hat die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH Verkehrsdaten ermitteln lassen, die der Stadt im Zuge des Verfahrens noch vorgelegt werden. Die vorgesehene Einstufung des genannten Straßenzuges wäre auch für die Verkehrssituation vor dem Flughafenausbau schon richtig gewesen. abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
172 neu	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	SPD / BIBS												einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten Anmerkung der Verwaltung: Im Antrag war kein Betrag angegeben. Nach einer ersten groben Schätzung wird ein Betrag von ca. 50.000 € benötigt. <u>Der Betrag wurde nach der Beratung im FPA eingefügt.</u> angenommen 6 / 3 / 1
			FPA				+ 50.000									
111	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BIBS												einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten Anmerkung der Verwaltung: Eine Machbarkeitsstudie für einen Tunnel durch die Stadt ist nicht erforderlich, da diese Frage im Zuge des Fehlerbehebungsverfahrens für die Flughafen-Umfahrung durch die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH abgehandelt wird. abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			BA				*)									
			FPA													
112	1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	Piraten												dauerh.	445610 Erstattung an sonstige öffentliche Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1 abgelehnt 3 / 7 / 0 abgelehnt **)
			BA				- 45.000									
			FPA													

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport																	
	Diverse																
113	1.55.5530.08	Pflege/Unterhaltung der Infrastruktur	Piraten	"Pflege der (Friedhofs-)Infrastruktur" Kostensteigerung nur um 2% Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.											dauerh.	Diverse Sachkonten Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan. abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)	
			GA			-	40.000			-	40.000			-	40.000		
			FPA														
114	1.55.5510.09	Revierreinigung	Piraten	"Revierreinigung" bleibt auf dem Ergebnis 2014 Ggf. auf Kosten der Sauberkeit des Straßenbegleitgrüns. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.											dauerh.	Diverse Sachkonten Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan. abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)	
			GA			-	80.000			-	80.000			-	80.000		
			FPA														
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.733.200													
115	1.42.4241.03	Sportstättenvergabe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gebühren für die Nutzung von Sportstätten Die Gebührensätze für die Nutzung von städtischen Sporthallen und Sportanlagen bleiben unverändert. Die Verwaltung hat vorgeschlagen, die Gebühren für die Nutzung von Sporthallen und Sportanlagen zum Zweck des Haushaltsausgleichs anzuheben. Diese Maßnahme würde zwar für den städtischen Haushalt nur eine verschwindend kleine Verbesserung (68 000€) bringen, würde jedoch die Sportvereine, die die Hallen nutzen, in durchaus nennenswerter Höhe belasten. Dies wäre gerade angesichts der ungemein hohen Wertes der Integrationswirkung des Sports und der ehrenamtlichen Trainings- und Betreuungstätigkeiten der Sportvereine ein kontraproduktiver Schritt. Vielmehr sollte darüber nachgedacht werden, wie die ehrenamtliche Tätigkeit in den Sportvereinen besser unterstützt und tatsächlich gewürdigt werden kann.											dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte abgelehnt 2 / 8 / 0 abgelehnt **)	
			SpA			-	50.700			-	67.600			-	67.600		
			FPA														

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019				
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.379.600												
116	1.42.4210.02	Repräsentation	Piraten	"Repräsentationen" (im Sportbereich) Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	427140 Veranstaltungen	
			SpA				- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000			
				Der Antrag wurde zurückgezogen.												
	18	Transferaufwendungen		1.970.200												
117	1.42.4210.01	Sportförderung	DIE LINKE.	Anhebung Zuschüsse lizenzierte Übungsleiterinnen und Übungsleiter Die Stadt Braunschweig könnte Vereine für die Beschäftigung von lizenzierten Übungsleiterinnen und Übungsleitern mit bis zu 30% der realen Kosten bezuschussen. Eine Bezuschussung in dieser Höhe erfolgt derzeit nicht. Deshalb sollen diese Mittel in den Haushalt eingestellt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			SpA				+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000			
			FPA													abgelehnt 1 / 7 / 1 abgelehnt **)
Teilhaushalt Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat																
	18	Transferaufwendungen		461.000												
118	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	DIE LINKE.	Transferaufwendungen 0800 an Ergebnis 2014 anpassen Auch weil in einzelnen Bereichen die zur Verfügung gestellten Zuschüsse gar nicht benötigt wurden, sollen die Transferaufwendungen des Wirtschaftsdezernates auf den Rechnungsbetrag 2014 abgesenkt werden. Dass der Betrag mehr als verdoppelt werden soll, passt auch nicht ansatzweise zur derzeitigen Situation.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			WA				- 290.000		- 290.000		- 290.000		- 290.000			
			FPA													abgelehnt 0 / 9 / 1 abgelehnt **)
119	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	Piraten	Existenzgründerfond auf 50% reduzieren In 2015 wurde mindestens eine Gründung gefördert, die sachlich wenig zu rechtfertigen war. Eine stärkere Fokussierung auf Projekte, die tatsächlich Förderung benötigen (und nicht nur gebrauchen können) ist möglich. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			WA				- 50.000		- 50.000		- 50.000		- 50.000			
			FPA													abgelehnt 1 / 8 / 1 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Gesamtstädtisch															
	Diverse														
120	Diverse		Piraten	Reduktion "Repräsentationsaufwendungen" Kto. 427130 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	427130 Repräsentationsaufwendungen
							- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
			AfKW												abgelehnt 0 / 9 / 1
			FPA												abgelehnt **)
121	Diverse		BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Weiterführung der Dynamisierung im Sozial-, Kultur-, und Jugendhilfebereich Anders als von der Verwaltung vorgeschlagen (Ansatzveränderungen 86, 108 und 123 in der Anlage 1 zum Ergebnishaushalt), wird die Dynamisierung der Zuschüsse für die Fachbereiche 41 – Kultur, 50 – Soziales und Gesundheit und 51 – Kinder, Jugend und Familie nicht ausgesetzt sondern wie vom Rat beschlossen auch in den Folgejahren weitergeführt. Die dafür notwendig Mittel in Höhe von ca. 160.000 € im Jahr 2016 werden weiterhin in den Haushaltsplan eingestellt. Die Haushaltsansätze für die Folgejahre werden entsprechend angepasst. Die freien Träger, die mit diesen städtischen Zuschüssen unterstützt werden, leisten in der Stadt Braunschweig in den unterschiedlichen Bereichen wichtige Arbeit. Das Personal, das bei diesen Trägern beschäftigt ist, hat das gleiche Recht auf Tarifierhöhungen wie alle anderen Arbeitnehmer auch. Einige Träger erfüllen sogar städtische Pflichtaufgaben, die im direkten Auftrag der Stadt Braunschweig übernommen wurden. Angesichts der großen Bedeutung der Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird, auf der einen und der im Vergleich relativ geringen Einsparpotenziale auf der anderen Seite ist eine Weiterführung der Dynamisierung zwingend geboten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 158.700		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		
			AfKW												abgelehnt 3 / 7 / 0
			JHA	Die Anträge Nrn. 121 sowie 122 wurden zusammen abgestimmt.											abgelehnt 5 / 7 / 0
			AfSG												abgelehnt 4 / 5 / 0
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den Antrag 162 neu (s. u.)											
122	Diverse		BIBS	Keine Kürzungen bei den sozialen und kulturellen Verbänden und Einrichtungen Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontinuitätsförderung wird nicht ausgesetzt, sondern wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen weiter fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2016 eingestellt.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 158.700		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		
			AfKW												abgelehnt 3 / 7 / 0
			JHA	Die Anträge Nrn. 121 sowie 122 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 121.											
			AfSG												abgelehnt 4 / 5 / 0
			FPA	Erledigt durch die Beschlussfassung über den Antrag 162 neu (s. u.)											

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Diverse		SPD	Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich Die Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich wird für den Haushalt 2016 ausgesetzt. Für die folgenden Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird unter der Berücksichtigung der neuen Haushaltslage die Dynamisierung neu bewertet.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				0		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		Anmerkung der Verwaltung: Der Änderungsantrag wurde mündlich im Ausschuss für Soziales und Gesundheit gestellt. angenommen 5 / 4 / 2
			FPA				0		+ 341.700		+ 433.200		+ 433.200		
				Erledigt durch die Beschlussfassung über den Antrag 162 neu (s. u.)											
162 neu	Diverse		SPD	Zuschussdynamisierung Die Zuschussdynamisierung wird vorerst nur im Jahr 2016, wie in den Ansatzveränderungen der Verwaltung vorgesehen, ausgesetzt. In der mittelfristigen Finanzplanung werden für die Folgejahre keine zusätzlichen Einsparungen durch ein Aussetzen der Zuschussdynamisierung vorgesehen, sodass sich die Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung nur um den Einsparbetrag aus 2016 reduzieren. Spätestens zu den Haushaltsberatungen für 2017 legt die Verwaltung dem Rat dar, ob eine weitere Aussetzung der Zuschussdynamisierung erforderlich ist. Die Ansätze bei den Aufwendungen ändern sich dadurch wie folgt: Nr. 86: 2016 und Folgejahre: -39.000 Nr. 108: 2016 und Folgejahre: - 44.700 Nr. 123: 2016 und Folgejahre: - 75.000 Der Antrag betrifft die Anträge zum Ergebnishaushalt Nr. 121 und 122 sowie den mündlich im AfSG gestellten SPD-Änderungsantrag (in den Haushaltsunterlagen dargestellt nach Nr. 122) sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung Nr. 86, 108 und 123.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			FPA				0		+ 183.000		+ 274.500		+ 274.500		angenommen 7 / 4 / 0
							0		+ 183.000		+ 274.500		+ 274.500		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Nachrichtlich: Anträge zum Stellenplan

(Die Behandlung dieser Anträge erfolgt im Rahmen der Vorlage "Haushalt 2016 - Stellenplan!")

	diverse														
--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung

138	1.11.1116.02	Allgemeine Steuerungsunterstützung	Piraten	Weniger Personal in 1.11.1116.02 Der Personaleinsatz erscheint gegenüber der Produktbeschreibung unverhältnismäßig hoch.			- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh.	abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA												
139	1.11.1116.09	Reden / Grußworte	Piraten	Eine Stelle weniger Personalaufwand für Redeentwürfe in 1.11.1116.09 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh.	abgelehnt 1 / 10 / 0
			FPA												
140	1.11.1125.01	Führen von Rechtsstreitigkeiten	Piraten	Externe Anwälte (Kostenerstattungen durch Gegenseite) statt Personal Kosten für externe Anwälte werden bei positivem Ausgang der Rechtsstreitigkeiten von der Gegenseite erstattet. Dieses geschieht bei Personalkosten nicht.			- 80.000		- 80.000		- 80.000		- 80.000	dauerh.	abgelehnt 1 / 6 / 4
			FPA												
141	1.11.1125.04	Sonstige Leistungen	Piraten	"Verwaltungsbücherei" im FB 01 auflösen Die meisten Informationen gibt es nötigenfalls auch digital. Soweit die Aufbewahrung von Büchern unabdingbar ist, kann notfalls die Stadtbücherei (mit viel Erfahrung + Infrastruktur) diese Aufgabe mit erledigen.			- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh.	
			FPA	Der Antrag wurde zurückgezogen.											
142	1.11.1130.01	Medienarbeit	Piraten	Stellenplan S. 2 Fachbereich 01 – Keine Stelle im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z.B. FB, Twitter) Es wird keine Stelle im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z.B. FB, Twitter) bei der Stadt Braunschweig eingerichtet. Braunschweig Stadtmarketing hat bereits eine Betreuungsstruktur in den digitalen Medien und ist aktiv bei FB und Twitter. Hier sollen Synergien genutzt und nicht zusätzliche Stellen geschaffen werden.			- 113.000		- 113.000		- 113.000		- 113.000	dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthält keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung durch die Verwaltung würden die Personalkosten rd. 113.000€ / jährlich betragen.
			FPA				- 113.000		- 113.000		- 113.000		- 113.000		angenommen 6 / 5 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste																
143	1.11.1145.04	Bürgerangelegenheiten	Piraten	Bürgerservice in den Bezirksgeschäftsstellen Die Ersparnis kann durch eine Kürzung der Öffnungszeichen des Bürgerservices in den Bezirksgeschäftsstellen um 50% erzielt werden. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 1 / 10 / 0	
			FPA			-	150.000		-	150.000		-	150.000			-
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen																
144	1.11.1160.12	Beteiligungsmanagement	Piraten	Reduktion des Beteiligungsmanagements Insgesamt werden 6 Stellen damit beschäftigt die Beteiligungen zu steuern, die alle ohnehin eigene Geschäftsführer haben. Das erscheint unverhältnismäßig.										dauerh.	abgelehnt 2 / 9 / 0	
			FPA			-	33.000		-	33.000		-	33.000			-
Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit																
145	1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	Piraten	Zentraler Ordnungsdienst (-10%) Dieser Antrag beinhaltet eine Einsparungen um 10%. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 1 / 9 / 1	
			FPA			-	80.000		-	80.000		-	80.000			-
146	1.12.1221.23	Sonstige Ordnungswidrigkeiten	Piraten	Personalkosten bei 1.12.1221.23 "Sonstige Ordnungswidrigkeiten" Kürzen kann man hier vor allem aus dem Bereich Owi-Verfahren Saubere Stadt (-25%). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 1 / 9 / 1	
			FPA			-	150.000		-	150.000		-	150.000			-
147	1.12.1221.32	Register- und Sonderaufgaben	Piraten	Personalkosten bei 1.12.1221.32 "Register- und Sonderaufgaben" Der Umfang des Tätigkeitsfeldes, der hauptsächlich daraus besteht, Auszüge aus dem KfZ-Register an die Polizei weiterzuleiten, sowie Hilfsleistungen für den Verfassungsschutz zu geben, erklärt den Personalbedarf nicht. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.										dauerh.	abgelehnt 0 / 9 / 2	
			FPA			-	150.000		-	150.000		-	150.000			-

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
148	1.12.1221.61	Beurkundung von Geburten u. Sterbefällen	Piraten	1 Stelle weniger bei 1.12.1221.61 Bei einer Erwartung von 13.000 Vorgängen pro Jahr erscheint die Existenz von bisher 9 Stellen überproportioniert, das wären pro Stelle 7,4 Vorgänge am Tag. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.				-	30.000	-	30.000	-	30.000	-	30.000	dauerh.	
			FPA														Der Antrag wurde zurückgezogen.
149	1.12.1221.64	Besondere Beurkundungen	Piraten	1 Stelle weniger bei 1.12.1221.64 Folgende Annahmen: 250.000 Braunschweiger, davon 60% Religiöse, die Hälfte tritt ein Mal im Leben (75 Jahre) aus, 200 Arbeitstage: Macht 5 Fälle pro Tag. Das geht auch mit einer Stelle. Nötigenfalls scheinen auch in anderen Bereichen des Standesamtes Personalreserven zu existieren, so ist z.B. die Personalausstattung des Produktes 1.12.1221.65 unplausibel hoch.				-	50.000	-	50.000	-	50.000	-	50.000	dauerh.	
			FPA														Der Antrag wurde zurückgezogen.

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

150	1.31.3154.10	Unterbringung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schaffung einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe Gemäß eines Vorschlages, den das Bündnis für Wohnen in seinem Abschlussbericht unterbreitet hat, soll in Braunschweig eine zentrale Stelle für Wohnraumhilfe eingerichtet werden, in der alle Aufgaben der Wohnraumvermittlung gebündelt werden, mit denen gerade Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt aktiv unterstützt werden können (z.B. das sog. Probewohnen). Hierfür ist zum einen eine Personalstelle erforderlich, deren Aufgabe im Wesentlichen in der Akquise geeigneter Wohnungen liegt. Zum anderen ist diese Stelle mit entsprechenden Sachmitteln auszustatten, um Vermieterzuschüsse zahlen zu können und Marketingmaßnahmen durchführen zu können. Insgesamt sind hierfür pro Jahr 200.000 € in den Haushaltsplan einzustellen. Da diese Stelle aller Voraussicht nach frühestens gegen Ende des ersten Halbjahres 2016 besetzt werden kann, reduzieren sich die notwendigen Mittel für das Jahr 2016 auf einen Betrag von 100.000 €. Nach wie vor bekommen besonders Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt die angespannte Situation auf dem Braunschweiger Wohnungsmarkt besonders deutlich zu spüren. Das Bündnis für Wohnen hat dies erkannt und in seinem Abschlussbericht mit der Forderung nach einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe eine Möglichkeit aufgezeigt, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.												dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: Der Personalkostenanteil für eine A10-Stelle liegt bei 30.000 € für 2016 und 60.000 € ab 2017. Der verbleibende Betrag ist somit im Bereich der Sachkosten einzuplanen.
			AfSG						+	100.000			+	200.000			
			FPA						+	100.000			+	200.000			angenommen 7 / 4 / 0
									+	100.000			+	200.000			angenommen 7 / 4 / 0

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild- und Denkmalpflege

151	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	Piraten	Peter Joseph Krahe Preis Die Produktbeschreibung erklärt den vorgeschlagenen Personalbedarf nicht.				-	20.000	-	20.000	-	20.000	-	20.000	dauerh.	
			PIUA														abgelehnt 1 / 9 / 1
			FPA														abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung															
152	1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungsv erfahren	Piraten	Grundstücksgenehmigungsverfahren Eine Überprüfung, ob auf einem Grundstück ein städtisches Vorkaufsrecht besteht, kann so lange nicht dauern. Der Personalaufwand von 3 Stellen erscheint unplausibel.			- 40.000		- 40.000		- 40.000		- 40.000	dauerh.	abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
			PIUA												
			FPA												
Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz															
153	1.51.5111.03	Bebauungsplanung	Piraten	Bebauungsplanung Wer noch Zeit hat, Bplan-Epiken zu verfassen, hat zu viel Personal.			- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh.	
			PIUA	Der Antrag wurde zurückgezogen.											
154	1.51.5112.03	Straßenamen und Hausnummern	Piraten	Weniger Stellen für Verwaltung der Hausnummern In BS werden höchstens 1000 Häuser pro Jahr gebaut, das heißt, es werden 5(!) neue Zahlen pro Arbeitstag vergeben. Auch die Vergabe der Straßennamen ist nicht besonders aufwendig. Ein Personalbedarf von mehr als 1 Stelle erscheint unplausibel.			- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh.	abgelehnt 0 / 8 / 3 abgelehnt **)
			PIUA												
			FPA												

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
160 neu	156.5610.06	Artenschutz	BIBS	<p>Personelle Aufstockung FB 61 Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird eine zusätzliche Stelle eines Biologen mit vertiefter zoologischer und/oder botanischer Artenkenntnis geschaffen.</p> <p>Aufgrund vieler Bauvorhaben wurde die Bauverwaltung in der letzten Zeit personell erheblich aufgestockt. Der durch intensive Bautätigkeit ebenso geforderte Bereich Umwelt- und Naturschutz wurde jedoch nicht personell verstärkt. Das Umweltamt muss weiterhin mit einem halben Biologen auskommen. Es fehlen Fachleute z.B. für die naturschutzfachliche Beurteilung von Eingriffen im Rahmen baulicher Maßnahmen. Die erforderlichen naturschutzfachlichen Erhebungen beschränken sich oft auf das allernötigste und werden oft nicht im fachlich sinnvollen Umfang sowie vielfach nicht in der richtigen Jahreszeit durchgeführt. Dieser Qualitätsverzicht wird mit Zeit- und Personalmangel begründet. Der Landschaftsrahmenplan für Braunschweig stammt von 1999 und ist damit völlig überholt. Des Weiteren ist die Stadt Braunschweig mittlerweile Vollmitglied im "Bündnis Kommunen für Biologische Vielfalt" das ebenfalls im Hinblick auf die praktische Umsetzung mit Inhalten gefüllt werden muss. Es wird daher für erforderlich gehalten das Umweltamt zunächst mit einem/einer Biologe/in mit vertiefter zoologischer und/oder botanischer Artenkenntnis zu verstärken. Längerfristig ist eine ausgewogene Balance (konstantes Verhältnis) zwischen Personalbestand der Bauverwaltung und der Umwelt- und Naturschutzverwaltung herzustellen. In diesem Zusammenhang soll auch darauf hingewiesen werden, dass benachbarte Kommunen bzgl. naturschutzfachlich versierter BiologInnen wesentlich besser ausgestattet sind (z.B. im Kreis Helmstedt mindestens zwei Dipl. BiologInnen).</p>												
			PIUA			+ 41.000		+ 83.000		+ 83.000		+ 83.000				
			FPA			+ 41.000		+ 83.000		+ 83.000		+ 83.000		ohne Beschlussempfehlung passieren lassen		
Der Antrag wurde zurückgezogen aufgrund der Beschlussfassung über den Antrag Nr. 167 neu.																
167 neu	156.5610.06	Artenschutz	SPD	<p>Schaffung einer Stelle im Fachbereich 61 Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird für zwei Jahre befristet eine zusätzliche Stelle für eine Biologin/einen Biologen geschaffen. Danach wird entschieden, ob die Stelle in eine dauerhafte Stelle umgewandelt wird.</p> <p>Braunschweig ist eine wachsende Stadt. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen ist grundsätzlich eine Umweltprüfung durchzuführen (§ 2 BauGB). Dabei sind die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen des Bauleitplans auf die verschiedenen Schutzgüter (Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, biologische Vielfalt, Landschaft, Mensch, Kultur- und Sachgüter) und mögliche Wechselwirkungen zu ermitteln. Als gesonderter Teil der Begründung zum Bauleitplanentwurf ist ein Umweltbericht zu erstellen (§ 2a BauGB), in dem die aufgrund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen sind. Unter anderem für die genannten Belange im Rahmen der Bauleitplanung ist eine Biologin oder ein Biologe mit geeigneter Qualifikation einzustellen. Nach Ablauf der Befristung der Stelle ist über die Umwandlung in eine dauerhafte Stelle zu entscheiden.</p>											2 Jahre	
			FPA			+ 41.000		+ 83.000								
						+ 41.000		+ 83.000						angenommen 6 / 4 / 1		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Sonderrechnung FB 65 - Hochbau und Gebäudemanagement																
126-2	diverse		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schnellere Schulsanierung 2. Zur Sicherstellung des termingerechten Beginns der für 2017 und 2018 im Investitionsprogramm vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen werden in der Bauverwaltung zwei zusätzliche Stellen für Hochbauingenieure eingerichtet. (für die übrigen Antragspunkte siehe Liste des Investitionsmanagements)				*)		*)		*)		*)	dauerh.	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 2 / 7 / 1
			SchA													
			BA													
			FPA	Der Antrag wurde zurückgezogen.												
168 neu	diverse		SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/ BİBS	Stellenreserve Es werden zwei Stellen (Sachbearbeiter, Wert 11) in die Stellenreserve genommen, damit ggf. unterjährig über die Einstellung von Ingenieuren entschieden werden kann. Zum Haushaltsantrag FWI 126-1, zwei zusätzliche Stellen für Hochbauingenieure zu schaffen, um vorgesehene Sanierungsmaßnahmen an Schulen termingerecht beginnen zu können, hat die Verwaltung mit Stellungnahme vom 04.02.2016 mitgeteilt: Die Verwaltung plant bereits die Durchführung einer entsprechenden externen Organisationsuntersuchung. Es soll eine Überprüfung der Schnittstellen und Aufgabenabgrenzungen einschließlich der Prozesse und Strukturen erfolgen. Dies betrifft die Abläufe innerhalb des FB 65, aber auch die Geschäftsprozesse und Kommunikationswege mit den beteiligten Organisationseinheiten. Die Auftragsvergabe für diese externe Organisationsuntersuchung soll möglichst kurzfristig erfolgen. Ein entsprechendes Vergabeverfahren hat bereits Ende 2015 begonnen. Darüber hat die Verwaltung bereits mit Vorlage 16-01408 "Überörtliche Prüfung der Stadt durch den Landesrechnungshof" berichtet. Die Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung sollten zunächst abgewartet werden, bevor über die Inanspruchnahme der Stellenreserve entschieden wird.											dauerh.	angenommen 6 / 5 / 0
			FPA													
Gesamt (+) mehr/(-) weniger					+ 10.000	+ 386.700	+ 10.000	+ 865.956	+ 10.000	+ 836.456	+ 10.000	+ 826.456				
(-) Entlastung/(+) Belastung						+ 376.700		+ 855.956		+ 826.456		+ 816.456				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
123	5E.20 NEU	NiWo / Kapitalerhöhung	BIBS	bisher 2.500.000 neu 0 Veränderung -2.500.000	0 0	0 *)	0 *)	2.500.000 *)	0 *)	0 *)	zusätzliche Haushaltsmittel zur Kapitalerhöhung der NiWo (Hintergrund: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die NiWo); es soll zeitnah ein Vorschlag zur Umsetzung der Kapitalerhöhung mit konkreten Zahlen zum Umfang sowie einen Zeitplan vorgelegt werden; ein gleichlautender Antrag der BIBS-Fraktion wurde in der Ratssitzung am 2. Juni 2015 zurückgestellt <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 4) der Verwaltung ist für das Jahr 2018 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 2,5 Mio. € geplant. abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
 **) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Erweiterung BBS V											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	
124	4E.210116	BBS V/ Erweiterung	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	913.400	80.000	0	0	0	0	833.400	keine Verschiebung der Maßnahmen zur Erweiterung und Sanierung der BBS V, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (11a und 11b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und Bauausschuss beraten werden. Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist das Projekt auf 2020 ff verschoben worden. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 14/4/0 abgelehnt 2/7/1 angenommen 6/5/0
			neu	913.400	80.000	320.000	418.400	95.000	0	0	
			Veränderung	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	
			JHA	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	
			SchA	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	
			BA								
			FPA	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	
124	4E.210116	BBS V/ Erweiterung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 3.653.600 neu 3.653.600 Veränderung 0	320.000 320.000	0 1.280.000	0 1.673.600	0 380.000	0 0	3.333.600 0 -3.333.600	keine Verschiebung der Maßnahmen zur Erweiterung und Sanierung der BBS V, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (11a und 11b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und Bauausschuss beraten werden. Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist das Projekt auf 2020 ff verschoben worden.
						VE 2017: 0 VE 2018: 0	VE 2017 neu: 1.673.600 VE 2018 neu: 380.000	VE 2017 Veränderung: 1.673.600 VE 2018 Veränderung: 380.000			
			JHA	0		1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			SchA	0		1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	angenommen 14/4/0
			BA								abgelehnt 2/7/1
			FPA	0		1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	angenommen 6/5/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau OGSen											
Planung Ganztagsbetrieb GS Lehdorf											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
3E.21 NEU	GS Lehdorf /Planung Ganztagsbetrieb	SB 321									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung eines Ganztagsbetriebes an der GS Lehdorf; es soll in Zusammenarbeit mit den Gremien der Schule geprüft werden, inwieweit auch ohne Neubau der Mensa unter Kooperation mit z.B. dem Seniorenzentrum In den Rosenäckern ein Ganztagsbetrieb der GS Lehdorf umgesetzt werden kann Anmerkung der Verwaltung: Bündnis 90 / Die Grünen hat neben der Planung des Ganztagsbetriebes GS Lehdorf auch dessen Umsetzung für 2016 beantragt. Für die Planung von OGSen stehen unter dem Projekt 3S.200001 jährlich 50 TEUR zur Verfügung.
		neu		0	0	0	0	0	0	0	
		Veränderung		0	0	0	0	0	0	0	
		JHA		0		0	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
		SchA									
		BA									
		FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau und Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Stöckheim											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4E.21 NEU	GS Stöckheim / Ausbau und Einr. Ganztagsbetrieb	SB 211									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung der GS Stöckheim (Grund: Wachstum des Stadtbezirks) und der Einrichtung eines Ganztagsbetriebes in der GS Stöckheim - siehe auch Zeile 26
		neu		500.000	0	0	500.000	0	0	0	
		Veränderung		500.000		0	500.000	0	0	0	
		JHA SchA BA		500.000		0	500.000	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/9/0
		FPA									NEU Anmerkung der Verwaltung: Ohne Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich; nach grober Annahme könnte mit einem max. Kostenrahmen von 2,5 Mio. € (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 0,5 Mio. € ; Anteil Investition: 2 Mio. €); die Umsetzung der Maßnahme wäre erst ab 2017 realistisch abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4E.21 NEU	GS Stöckheim / Ausbau und Einr. Ganztagsbetrieb	SB 211									
		bisher		0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung der GS Stöckheim (Grund: Wachstum des Stadtbezirks) und der Einrichtung eines Ganztagsbetriebes in der GS Stöckheim - siehe auch Zeile 17
		neu		2.000.000	0	0	2.000.000	0	0	0	
		Veränderung		2.000.000	0	0	2.000.000	0	0	0	
		JHA SchA BA		2.000.000	0	0	2.000.000	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/9/0
		FPA									NEU Anmerkung der Verwaltung: Ohne Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich; nach grober Annahme könnte mit einem max. Kostenrahmen von 2,5 Mio. € (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 0,5 Mio. € ; Anteil Investition: 2 Mio. €); die Umsetzung der Maßnahme wäre erst ab 2017 realistisch abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau von zwei weiteren OGS'en (vorrangig GS Lehndorf)											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
125	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig GS Lehndorf - begonnen werden - siehe hierzu auch Zeile 26; Der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss beraten werden. Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zu den Baukosten als auch den lfd. Kosten liegt noch nicht vor. SB 321 hat zur GS Lehndorf einen vergleichbaren Antrag gestellt. angenommen 7/3/2 angenommen 6/4/0 erledigt siehe neuen Antrag Nr. 125 NEU Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss: Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehndorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagschulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			JHA	0		*)	0	0	0	0	
			BA	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
125	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig GS Lehndorf - begonnen werden - siehe hierzu auch Zeile 17; Der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss beraten werden. Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zu den Baukosten als auch den lfd. Kosten liegt noch nicht vor. SB 321 hat zur GS Lehndorf einen vergleichbaren Antrag gestellt. angenommen 7/3/2 angenommen 6/4/0 erledigt siehe neuen Antrag Nr. 125 NEU Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss: Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehndorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagschulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			JHA	0		*)	0	0	0	0	
			BA	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau von zwei weiteren OGS'en											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
	17			1.000.000		0	400.000	600.000	0	0	
125 NEU	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	<p>Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ändert den eigenen Antrag 125 im Schulausschuss wie folgt:</p> <p>zusätzliche Haushaltsmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig- GS Lehdorf- begonnen werden; als Beträge sollen für 2017 Mittel in Höhe von 400 TEUR und für 2018 in Höhe von 600 TEUR für bauliche Maßnahmen an 2 Schulen für den OGS-Ausbau eingeplant werden - siehe hierzu auch Zeile 26;</p> <p>Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss:</p> <p>Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehdorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagschulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.</p>
			neu	1.000.000	0	0	400.000	600.000	0	0	
			Veränderung	1.000.000		0	400.000	600.000	0	0	
			SchA	0		0	400.000	600.000	0	0	angenommen 14/3/0
			FPA	<u>1.000.000</u>		<u>0</u>	<u>400.000</u>	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Schulsanierungsprogramm											
Sanierung Grundschule Mascheroder Holz											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
4E.21 NEU	GS Mascheroder Holz / Sanierung Sanitäranlagen	SB 213									
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der sanitären Anlagen in der Grundschule Mascheroder Holz für das Haushaltsjahr 2016 Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. abgelehnt 0/8/6 abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)
		neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
		Veränderung	0		*)	0	0	0	0	0	
		SchA BA FPA									
Sanierung GS Melverode											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
4E.210134	GS Melverode / Sanierung	SB 212									
		bisher	794.000	8.000	0	60.000	280.000	329.400	116.600	0	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Melverode von 2016 auf 2017, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (29a und 29b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde der Beginn des Projekts von 2016 auf 2017 verschoben. abgelehnt 0/7/10 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
		neu	794.000	8.000	27.000	180.000	360.000	219.000	0	0	
		Veränderung	0		27.000	120.000	80.000	-110.400	-116.600	0	
		SchA BA FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
4E.210134	GS Melverode / Sanierung		SB 212	bisher 3.516.200 neu 3.516.200 Veränderung 0	372.000 372.000	0 108.000	240.000 720.000 480.000	1.120.000 1.440.000 320.000	1.317.600 876.200 -441.400	466.600 0 -466.600	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Melverode von 2016 auf 2017, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (29a und 29b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde der Beginn des Projekts von 2016 auf 2017 verschoben. abgelehnt 0/7/10 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
Sanierung Grundschule Waggum											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
4E.210135	GS Waggum/ Sanierung		SB 112	bisher 644.400 neu 644.400 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0 24.000	0 50.000 224.000 174.000	594.400 396.400 -198.000		keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat, da nebenan eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden soll - siehe hierzu auch Zeile 26; Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor. angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
			SchA BA FPA	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
126-1	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 644.400 neu 644.400 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 24.000 24.000	50.000 224.000 174.000	594.400 396.400 -198.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor.
			SchA BA FPA	0	0	0	0	24.000	174.000	-198.000	angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	SB 112	bisher 2.577.600 neu 2.577.600 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 96.000 96.000	200.000 896.000 696.000	2.377.600 1.585.600 -792.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat, da nebenan eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden soll - siehe hierzu auch Zeile 17; Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor.
			SchA BA FPA	0	0	0	0	96.000	696.000	-792.000	angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
126-1	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 2.577.600 neu 2.577.600 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 96.000	200.000 896.000	2.377.600 1.585.600 -792.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor.
			SchA BA FPA	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Grundschule Büldenweg											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
126-1	4E.210146	GS Büldenweg / Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 706.000 neu 706.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 30.000 30.000	60.000 230.000 170.000	646.000 446.000 -200.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Büldenweg von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (35a und 35b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. abgelehnt 6/7/5 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
126-1	4E.210146	GS Büldenweg / Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 2.824.000 neu 2.824.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 120.000 120.000	240.000 920.000 680.000	2.584.000 1.784.000 -800.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Büldenweg von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (35a und 35b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. abgelehnt 6/7/5 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Grundschule Querum											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	SB 112								
			bisher	502.000	0	0	0	0	50.000	452.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat, da entsprechende Kapazitäten bei erhöhten Schülerzahlen erforderlich sind - siehe hierzu auch Zeile 26 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor.
			neu	502.000	0	0	0	24.000	224.000	254.000	
			Veränderung	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	
			SchA	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	angenommen 8/7/2
			BA								abgelehnt 3/7/0
			FPA								abgelehnt 3/8/0
126-1	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	502.000	0	0	0	0	50.000	452.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor.
			neu	502.000	0	0	0	24.000	224.000	254.000	
			Veränderung	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	
			SchA	0		0	0	24.000	174.000	-198.000	angenommen 8/7/2
			BA								abgelehnt 3/7/0
			FPA								abgelehnt 3/8/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0		
	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	SB 112									
				bisher	2.008.000	0	0	0	0	200.000	1.808.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat, da entsprechende Kapazitäten bei erhöhten Schülerzahlen erforderlich sind - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor.
				neu	2.008.000	0	0	0	96.000	896.000	1.016.000	
				Veränderung	0	0	0	0	96.000	696.000	-792.000	
			SchA	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	angenommen 8/7/2	
			BA								abgelehnt 3/7/0	
			FPA								abgelehnt 3/8/0	
126-1	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen									
				bisher	2.008.000	0	0	0	0	200.000	1.808.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor.
				neu	2.008.000	0	0	0	96.000	896.000	1.016.000	
				Veränderung	0	0	0	0	96.000	696.000	-792.000	
			SchA	0		0	0	96.000	696.000	-792.000	angenommen 8/7/2	
			BA								abgelehnt 3/7/0	
			FPA								abgelehnt 3/8/0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung BBS V Abt. Leonhardstraße											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
126-1	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 340.000 neu 340.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 24.000	40.000 224.000	300.000 92.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme BBS V Abt. Leonhardstraße von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (40a und 40b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben.
			SchA BA FPA	0	0	0	24.000	184.000	-208.000		angenommen 9/7/2 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
126-1	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 1.360.000 neu 1.360.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 96.000	160.000 896.000	1.200.000 368.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme BBS V Abt. Leonhardstraße von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (40a und 40b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben.
			SchA BA FPA	0	0	0	96.000	736.000	-832.000		angenommen 9/7/2 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt 3/8/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Feuerwehrgerätehaus Timmerlah											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
3E.210004	Feuerwehrgerätehaus Timmerlah /Vorplanung	SB 222		bisher 100.000	0	0	100.000	0	0	0	keine Verschiebung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah auf 2020 - siehe auch Zeile 26 Anmerkung der Verwaltung: Die von der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen eingeplanten Planungsmittel für 2017 können entfallen, da gemäß Antrag des SB 222 die gesamte Baumaßnahme ab 2016 wieder neu eingeplant werden soll. abgelehnt 0/7/2 abgelehnt 1/8/1 abgelehnt **)
				neu 0	0	0	0	0	0	0	
				Veränderung 100.000		0	-100.000	0	0	0	
			FwA BA FPA								
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
5E.210144	Feuerwehrgerätehaus Timmerlah /Neubau	SB 222		bisher 700.000	0	0	0	0	0	700.000	keine Verschiebung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah auf 2020 - siehe auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Die von der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen eingeplanten Planungsmittel unter dem Projekt 3E.210004 für 2017 können entfallen abgelehnt 0/6/3 abgelehnt 1/8/1 abgelehnt **)
				neu 800.000	0	160.000	600.000	40.000	0	0	
				Veränderung 100.000		160.000	600.000	40.000	0	-700.000	
			FwA BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Einrichtung 6. IGS											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
127	4E.21 NEU	6. IGS / Einrichtung	Die Linke	bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz zum Schuljahr 2017/2018
				neu 0	0	*)	*)	0	0	0	
				Veränderung 0		*)	*)	0	0	0	
			SchA								abgelehnt 1/7/6 abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
			BA								
			FPA								
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
127	4E.21 NEU	6. IGS / Einrichtung	Die Linke	bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz zum Schuljahr 2017/2018
				neu 0	0	*)	*)	0	0	0	
				Veränderung 0		*)	*)	0	0	0	
			SchA								abgelehnt 1/7/6 abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Stadthalle											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
163 Neu	3E.21 NEU	Stadthalle /Planung Sanierungsmodelle (auch PPP)	CDU	bisher 400.000 neu 400.000 Veränderung 0	0 0	200.000 200.000 0	0 200.000 -200.000	200.000 0	0 0	0 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Planung der Sanierung der Stadthalle von 2018 auf das Haushaltsjahr 2017 Die Sanierung muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden; eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen. abgelehnt 4/7/0
			FPA								
164 Neu	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der Fassade	CDU	bisher 8.800.000 neu 8.800.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 3.800.000	0 5.000.000	8.800.000 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Sanierung der Fassade der Stadthalle von 2020 auf die Haushaltsjahr 2018 und 2019 Die Sanierung muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden; eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen. abgelehnt 4/7/0
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
165 neu	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der technischen Gebäudeausrüstung	CDU	bisher 7.300.000 neu 7.300.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	0 7.300.000	6.000.000 0	1.300.000 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Sanierung der Fassade der Stadthalle von 2019 und 2020 auf das Haushaltsjahr 2018 Die Sanierung muss ganzheitlich und im Kontext mit dem Abriss sowie Neubau des Parkdecks und der Errichtung des neuen Hotels an der Stadthalle gesehen werden; eine Sanierung über vermutlich mehr als vier Jahre wäre schädlich für unsere Stadthalle und ihre Vermarktungschancen am Markt. Die Sanierung muss daher in möglichst geringem zeitlichen Aufwand erfolgen.
			FPA								abgelehnt 4/7/0
sonstige Maßnahmen											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
	3E.21 NEU	Jugendzentrum im Osten BS / Planung	SB 114	bisher 0 neu 15.000 Veränderung 15.000	0 0	0 15.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Planungsmittel für ein Jugendzentrum im Osten Braunschweigs für das Haushaltsjahr 2016 (15.000 €); bei der Planung sollen insb. die Aspekte der Bedarfsermittlung, Trägerschaft und Räumlichkeiten berücksichtigt werden
			JHA BA FPA	15.000	15.000	0	0	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	3E.21 NEU	Familienzentrum / Schaffung	SB 120	bisher 0 neu 40.000 Veränderung 40.000	0 0 0	0 40.000 40.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Planungsmittel für die Schaffung eines Familienzentrums (Beispiel: Bebelhof) (40.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Der Bedarf an Planungsmitteln in Bezug auf den Bezirk Bebelhof ist der Verwaltung nicht bekannt. Üblicherweise erhält jedes Familienzentrum eine Förderung der lfd. Kosten in Höhe von 40.000 € / Jahr. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
			JHA BA FPA	40.000		40.000	0	0	0	0	
	3E.21 NEU	Integrations- und Begegnungsstätte Südstadt-Rautheim-Mascherode / Planung	SB 213	bisher 0 neu 30.000 Veränderung 30.000	0 0 0	0 30.000 30.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Planungsmittel für eine Integrations- und Begegnungsstätte im Stadtbezirk 213 für das Haushaltsjahr 2016 (30.000 €) abgelehnt 3/4/3 abgelehnt **)
			BA FPA								
126-3	3E.21 NEU	Abläufe Bauplanung / Prozessanalyse	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher 0 neu 0 Veränderung 0	0 0 0	0 *) *)	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beteiligung externer Sachverständiger an der Analyse der Bauplanungsabläufe NEU: Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung plant bereits die Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung der gesamten Grundstücks- und Gebäudewirtschaft, siehe auch Mitteilung v. 14.01.2016 "Überörtliche Prüfung - Nds. Landesrechnungshof, Strukturen und Organisation des kommunalen Gebäude- und Liegenschaftsmanagements", Drucksache 16-01408. Es soll eine Überprüfung der Schnittstellen und Aufgabenabgrenzungen einschließlich der Prozesse und Strukturen erfolgen. abgelehnt 4/4/7 abgelehnt 3/7/0 abgelehnt **)
			SchA BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4E.21 NEU	Gemeinschaftshaus Geitelde / Energetische Sanierung	SB 222	bisher 0 neu 260.000 Veränderung 260.000	0 0	0 260.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die energetische Sanierung des Gemeinschaftshauses Geitelde für das Haushaltsjahr 2016 (260.000 €); es soll dabei auch in Betracht gezogen werden, diese Sanierung ggf. in zwei Bauabschnitten durchzuführen abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)
			BA FPA								
	4S.210036	ev. Kindergarten "Sternschnuppe" / Erneuerung Flachdach	SB 323	bisher 0 neu 270.000 Veränderung 270.000	0 0	0 270.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung des Flachdaches des ev. Kindergartens "Sternschnuppe" in Wenden für das Haushaltsjahr 2016 Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung liegt noch nicht vor. ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/8/1 NEU Anmerkung der Verwaltung: Ohne eine Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich, nach grober Annahme könnte aber mit einem Kostenrahmen von 270.000 € gerechnet werden abgelehnt **)
			JHA BA FPA								
	4S.21 NEU	Freiwillige Feuerwehr / Global-Instandhaltungen	SB 321	bisher 0 neu 37.300 Veränderung 37.300	0 0	0 37.300	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Einbau von Rolltoren für beide Remisen mit der dazugehörigen Anpassung der Innenbeleuchtung in den Fahrzeughallen im Feuerwehrhaus Watenbüttel für das Haushaltsjahr 2016 Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 37.300 € abgelehnt 0/8/1 abgelehnt 0/6/4 abgelehnt **)
			FwA BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 211								
			bisher	4.247.800	3.203.800	234.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Herrichtung des alten Feuerwehrhauses im OT Leiferde für infrastrukturelle Maßnahmen (Sport- und Vereinstreffpunkte, etc.) für das Haushaltsjahr 2016 (100.000 €) siehe auch Konzept des "Verbandes Wohneigentum" und des "VFL Leiferde" Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich reduziert worden. abgelehnt 0/6/4 abgelehnt **)
			neu	4.347.800	3.203.800	334.000	270.000	270.000	270.000	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 310								
			bisher	4.247.800	3.203.800	234.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Aus- und Umbau des Wohn- und Kulturprojektes Nexus im westlichen Ringgebiet (10.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich reduziert worden. Es handelt sich um ein städtisches Gebäude. Von der Partei "Bündnis 90 / Die Grünen" wurde hierzu eine Anfrage gestellt. abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)
			neu	4.257.800	3.203.800	244.000	270.000	270.000	270.000	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.210062	FB 20: Global-Instandh. Jugendzentren	SB 112								
			bisher	223.900	223.900	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung der Sanitäranlagen und des Eingangsbereiches des Jugendzentrums Querum für das Haushaltsjahr 2016 (40.000 €)
			neu	263.900	223.900	40.000	0	0	0	0	
			Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	0	
			JHA	40.000		40.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/8/1 abgelehnt **)
			BA								
			FPA								
	4S.210065	FB 20: Global Instandhaltung Schulen	SB 323								
			bisher	7.260.000	3.120.000	1.035.000	1.035.000	1.035.000	1.035.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Lessinggymnasiums aufgrund von Vandalismusschäden für das Haushaltsjahr 2016, sofern die Mittel nicht durch Instandhaltungsmittel abgesichert sind.
			neu	6.225.000	3.120.000	*)	1.035.000	1.035.000	1.035.000	0	
			Veränderung			*)	0	0	0	0	
			SchA								abgelehnt 0/15/0 abgelehnt 0/8/1 abgelehnt **)
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
128	4S.210081	Städt. Stadion / Global-Instandhaltungen	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	205.000	0	141.000	0	64.000	0	0	Wegfall der Haushaltsmittel für das Wegeleitsystem und für die beleuchteten Flucht- und Rettungswegkennzeichen für das Städtische Stadion für das Jahr 2016 (141.000 €)
			neu	64.000	0	0	0	64.000	0	0	
			Veränderung	-141.000		-141.000	0	0	0	0	
			BA	-141.000	0	-141.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen
			FPA								Antrag wurde zurückgezogen
											Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 2.1
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4E.210091	Lessinggymnasium Wenden/San.	SB 323								
			bisher	8.862.260	8.629.460	232.800	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung des ursprünglich geplanten behindertengerechten Zuganges (Treppenlift) innerhalb der Ortsbücherei Wenden für das Haushaltsjahr 2016 (58.200 €)
			neu	8.920.460	8.629.460	291.000	0	0	0	0	
			Veränderung	58.200		58.200	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 0/9/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
5E.21 NEU	IGS Querum /Neubau 3-Feldsporthalle		SB 112									
				bisher	0	0	0	0	0	0		
				neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
				Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	
			SchA								zusätzliche Haushaltsmittel für den Neubau einer 3-Feldsporthalle an der IGS Querum als Ersatz für die vorhandene 1-Feldsporthalle; die IGS Querum verfügt nur über eine kleine 1-Feld-Sporthalle, die überwiegend von der ansässigen GS genutzt wird	
			BA								abgelehnt 0/8/7	
			FPA								abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)	
5E.210145	Sportanlage Lamme / Erweiterung Funktionsgebäude		SB 321									
				bisher	300.000	0	0	300.000	0	0	0	
				neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	
				Veränderung	0		300.000	-300.000	0	0	0	
			SpA								zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung des Funktionsgebäudes auf der Sportanlage Lamme für das Haushaltsjahr 2016	
			BA								Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes bereits von 2019 ins Jahr 2017 vorgezogen und auf einen Betrag von 300.000 € angepasst worden.	
			FPA								Kostenschätzung der Verwaltung: 300.000 €. abgelehnt 0/10/0 abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
129	5E.210147	Sporthalle Lehdorf/ Ersatzbau	SPD	bisher 4.100.000 neu *) Veränderung *)	0 0	2.100.000 *)	2.000.000 *)	0 *)	0 *)	0 *)	zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung einer Tribüne in der neu zu bauenden Sporthalle in Lehdorf, die für Zuschauer die Möglichkeit bietet, dem Sportgeschehen in der Halle zu folgen, ohne sich direkt im Bereich der Sportfläche aufhalten zu müssen; bei der Größe der Tribüne ist von einer maximalen Zuschauerzahl auszugehen, die keine besonderen baulichen Erweiterungen zur Einhaltung der Nds. Versammlungsstättenverordnung nach sich zieht Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist dieses Projekt erst neu aufgenommen worden. Es wird auf die Vorlage der Verwaltung zur Beschlussfassung über das Raumprogramm für den Neubau der Sporthalle St.-Ingbert-Straße (DS 15-01299) verwiesen. Der Kostenrahmen für die Tribüne beläuft sich auf 1 Mio. € . ohne Beschlussfassung passieren lassen Antrag wird von der SPD zurückgezogen ohne Beschlussfassung passieren lassen
			SpA SchA BA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 Kultur und Wissenschaft											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	0	
130	5S.410002	FB 41: Bücher der Bibliotheken (FW)	Piratenpartei								
			bisher	5.187.100	3.469.900	429.300	429.300	429.300	429.300	0	Reduzierung der Sachaufwendungen der Stadtbibliothek (20.000 € jährlich); es sollen etwas weniger neue Medien beschafft werden, bzw. ältere Medien minimal länger gehalten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes bereits jährlich um rd. 48 T€ reduziert worden. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
			neu	5.107.100	3.469.900	409.300	409.300	409.300	409.300	0	
			Veränderung	-80.000		-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	0	
			AFKW FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0600 - Baureferat											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
131	4S.000011	Ref. 0600: Instandhalt. Brunnen/Denkmäl.	Piratenpartei								
			bisher	1.553.400	1.013.400	135.000	135.000	135.000	135.000	0	Reduzierung der Aufwendungen für die Bereitstellung von Brunnen und Denkmälern (jährlich 10.000 €); im Zweifel können einige Brunnen (ggf. eine Zeitlang) ausgeschaltet bleiben Anmerkung der Verwaltung: Die Kürzung soll dann bei der größten Sachkostenposition "Instandhaltung der Brunnen und Denkmäler" erfolgen. Das Budget für Brunnen und Denkmäler war im Jahr 2015 gerade auskömmlich, um die derzeit 26 städtischen Brunnenanlagen zu betreiben. Hieraus werden die Wartungen, Instandhaltungen und kleinere Sanierungsmaßnahmen an den städtischen Brunnen und Denkmälern finanziert. Insbesondere die innerstädtischen Brunnen sind zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt unverzichtbar. Eine Reduzierung des Budgets zöge in der Konsequenz folgende Maßnahmen nach sich: - Reduzierung der Brunnenlaufzeiten (derzeit von Anfang April bis Ende Oktober) oder - ggf. auch dauerhafte Außerbetriebnahme einzelner Brunnen in den Außenbezirken (z.B. Weststadt, Querum). Von einer Verlängerung der Wartungsintervalle zur Reduzierung der Kosten wird abgeraten.
			neu	1.513.400	1.013.400	125.000	125.000	125.000	125.000	0	
			Veränderung	-40.000		-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	
			BA								abgelehnt 0/9/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

***) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
<p>Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege</p> <p>Zuschüsse für private Denkmäler</p>												
10				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE									
				bisher	184.200	51.000	33.300	33.300	33.300	33.300	0	<p>Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €) -siehe auch Zeile 17</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor.</p> <p>Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.</p> <p>abgelehnt 0/9/2 abgelehnt **)</p>
				neu	51.000	51.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung	-133.200		-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	0	
			PIUA FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

***) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei								
			bisher	184.200	51.000	33.300	33.300	33.300	33.300	0	Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.
			neu	117.400	51.000	16.600	16.600	16.600	16.600	0	
			Veränderung	-66.800		-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	0	
			PIUA FPA								abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE								
				bisher 553.000	153.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €) - siehe auch Zeile 10 Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.
				neu 153.000	153.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung -400.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0	
			PIUA FPA								abgelehnt 0/9/2 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

***) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei								
			bisher	553.000	153.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 10 <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €). Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.
			neu	353.000	153.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	-200.000		-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0	
			PIUA								abgelehnt 1/9/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

***) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7		SB 321								
			bisher	368.000	260.000	27.000	27.000	27.000	27.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Bolzplatzes am Hartriegelweg in Völkenrode auf der Grundlage der in 2015 seitens der Verwaltung erfolgten Planung unter Beteiligung der Jugendlichen aus Völkenrode und der ebenfalls den Platz am Hartriegelweg nutzenden Vereine und Gruppen für das Haushaltsjahr 2016 (90.000 €)
			neu	458.000	260.000	117.000	27.000	27.000	27.000	0	
			Veränderung	90.000		90.000	0	0	0	0	
			PIUA	90.000		90.000	0	0	0	0	<p>Anmerkung der Verwaltung: Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 €</p> <p>ohne Beschlussfassung passieren lassen Der PLUA hat darum gebeten, dass bis zum FPA die Verwaltung eine konkrete Umsetzungsperspektive aufzeigt.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Eine haushaltsneutrale Bereitstellung der benötigten Mittel ist nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zum Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2016 ff. wurden bereits Budgetkürzungen im Teilhaushalt 61 vorgenommen. Eine weitere Kürzung kann seitens der Verwaltung nicht mehr vorgeschlagen werden.</p> <p>abgelehnt 3/7/1</p>
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321								
			bisher	368.000	260.000	27.000	27.000	27.000	27.000		
			neu	488.000	260.000	147.000	27.000	27.000	27.000		
			Veränderung	120.000		120.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Standortsuche und die Gestaltung eines Jugendplatzes nach dem Braunschweiger Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung im Ortsteil Watenbüttel an einem möglichst zentral gelegenen Platz für das Haushaltsjahr 2016 (120.000 €)
											Anmerkung der Verwaltung: Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 €
			PIUA	120.000		120.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen Der PLUA hat darum gebeten, dass bis zum FPA die Verwaltung eine konkrete Umsetzungsperspektive aufzeigt.
											Stellungnahme der Verwaltung: Eine haushaltsneutrale Bereitstellung der benötigten Mittel ist nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zum Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2016 ff. wurden bereits Budgetkürzungen im Teilhaushalt 61 vorgenommen. Eine weitere Kürzung kann seitens der Verwaltung nicht mehr vorgeschlagen werden. Ergänzend ist bei dieser Maßnahme darauf hinzuweisen, dass hier anders als bei der Projektmaßnahme Harriegelweg noch keine Vorplanung erfolgt ist.
			FPA								abgelehnt 0/10/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr											
Oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke											
10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
4S.66 NEU	Okeraltarm in Stöckheim/ Anbindung mittels Brücke	SB 211									
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke an die Oker (Gesamtkosten 75.000 €; Gesamteinnahmen: 50.000 €) - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Nach aktuellen Schätzungen belaufen sich die Kosten für eine solche Brücke auf 90.000 € bis 130.000 €. Es ist nicht nachvollziehbar welche Art von Förderung in dem Antrag gemeint ist. abgelehnt 0/10/1
		neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	
		FPA									
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
4S.66 NEU	Okeraltarm in Stöckheim/ Anbindung mittels Brücke	SB 211									
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke an die Oker (Gesamtkosten 75.000 €; Gesamteinnahmen: 50.000 €) - <u>siehe hierzu auch Zeile 10</u> Anmerkung der Verwaltung: Nach aktuellen Schätzungen belaufen sich die Kosten für eine solche Brücke auf 90.000 € bis 130.000 €. Es ist nicht nachvollziehbar welche Art von Förderung in dem Antrag gemeint ist. abgelehnt 0/10/1
		neu	75.000	0	75.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	75.000		75.000	0	0	0	0	0	
		FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Geh- und Wanderweg Wiesental											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
4S.660006	FB 66:	Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 322								
				bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	
				neu	16.193.100	11.306.900	1.005.900	1.222.100	1.329.100	1.329.100	
				Veränderung	-227.200		-227.200	0	0	0	0
											zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €)
											Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten:12.800 €) und 4S.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 26
											Anmerkung der Verwaltung: Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität.
											Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung.
			BA								abgelehnt 0/9/0
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
5E.66 NEU	Geh- und Wanderweg Wiesental / Neubau		SB 322								
				bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €) Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten:12.800 €) und 4S.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität. Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 101) nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung.
				neu 400.000	0	400.000	0	0	0	0	
				Veränderung 400.000		400.000	0	0	0	0	
			BA FPA								abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5E.660102	Radweg Sandanger - Hansestraße /Bau	SB 322								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €) Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten:12.800 €) und 4S.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität. Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	
			BA FPA								abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Querumer Straße											
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung		SB 112	bisher 1.300.000	0	0	0	0	0	1.300.000	Vorziehen der Straßenerneuerung Querumer Straße von 2019/2020 auf 2016 (Gesamteinnahmen: 1,3 Mio. €; Gesamtausgaben: 3,8 Mio. €) - siehe auch Zeile 26
				neu 1.300.000	0		1.300.000	0	0	0	
				Veränderung 0		0	1.300.000	0	0	-1.300.000	
			BA								abgelehnt 1/8/0
			FPA								abgelehnt **)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung		SB 112	bisher 3.800.000	0	0	0	0	100.000	3.700.000	Vorziehen der Straßenerneuerung Querumer Straße von 2019/2020 auf 2016 (Gesamteinnahmen: 1,3 Mio. €; Gesamtausgaben: 3,8 Mio. €) - siehe auch Zeile 20
				neu 3.800.000	0	100.000	3.700.000	0	0	0	
				Veränderung 0		100.000	3.700.000	0	-100.000	-3.700.000	
			BA								abgelehnt 1/8/0
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Parkdeck Stadthalle											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	-250.000	0	250.000	
134	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	DIE LINKE	bisher 250.000 neu 0 Veränderung -250.000	0 0	0 0	0 0	250.000 0 -250.000	0 0	0 0	Verzicht auf den Neubau des Parkdecks der Stadthalle - siehe auch Zeile 26 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (91a und 91b) ist der Neubau des Parkdecks von 2016 auf das Haushaltsjahr 2018 verschoben worden. abgelehnt 3/6/0 abgelehnt **)
			BA FPA								
166	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	SPD	bisher 250.000 neu 250.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	250.000 0 -250.000	0 0	0 250.000	Auf die finanzielle Einplanung des Neubaus des Parkdecks an der Stadthalle (Projekt Nr. 4E.660013) wird verzichtet, bis die Verwaltung verlässliche Aussagen zu diesem Vorhaben und zur Sanierung der Stadthalle (Erneuerung der Betonfassade) vorlegen kann. Über eine erneute Einplanung von Mitteln für das Parkdeck soll entschieden werden, wenn für beide genannten Maßnahmen eine zeitliche und finanzielle Grundlage besteht. Die Maßnahme "Neubau des Parkdecks" (Projekt Nr. 4E.660013) steht in engem Zusammenhang mit der Fassadensanierung der Stadthalle. Beide Maßnahmen hätten voraussichtlich ein weitgehendes Einstellen des Veranstaltungsbetriebs der Stadthalle zur Folge und müssten daher ohnehin zeitgleich stattfinden. Daher soll die Verwaltung zunächst ein Konzept und einen Zeitplan vorlegen, bevor weitere Vorfestlegungen durch den Rat erfolgen.
			FPA	<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-250.000</u>	<u>0</u>	<u>250.000</u>	angenommen 6/5/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	-3.750.000	0	3.750.000	
134	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	DIE LINKE	bisher 3.750.000 neu 0 Veränderung -3.750.000	0 0	0 0	0 0	3.750.000 0	0 0	0 0	Verzicht auf den Neubau des Parkdecks der Stadthalle - siehe Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (91a und 91b) ist der Neubau des Parkdecks von 2016 auf das Haushaltsjahr 2018 verschoben worden. abgelehnt 3/6/0 abgelehnt **)
166	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	SPD	bisher 3.750.000 neu 3.750.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 0	3.750.000 0	0 0	0 3.750.000	Auf die finanzielle Einplanung des Neubaus des Parkdecks an der Stadthalle (Projekt Nr. 4E.660013) wird verzichtet, bis die Verwaltung verlässliche Aussagen zu diesem Vorhaben und zur Sanierung der Stadthalle (Erneuerung der Betonfassade) vorlegen kann. Über eine erneute Einplanung von Mitteln für das Parkdeck soll entschieden werden, wenn für beide genannten Maßnahmen eine zeitliche und finanzielle Grundlage besteht. Die Maßnahme "Neubau des Parkdecks" (Projekt Nr. 4E.660013) steht in engem Zusammenhang mit der Fassadensanierung der Stadthalle. Beide Maßnahmen hätten voraussichtlich ein weitgehendes Einstellen des Veranstaltungsbetriebs der Stadthalle zur Folge und müssten daher ohnehin zeitgleich stattfinden. Daher soll die Verwaltung zunächst ein Konzept und einen Zeitplan vorlegen, bevor weitere Vorfestlegungen durch den Rat erfolgen.
			FPA	<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-3.750.000</u>	<u>0</u>	<u>3.750.000</u>	angenommen 6/5/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Neubau Fuß- und Radweg in Bevenrode												
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0		
5E.660066	Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31		SB 112									
				bisher	97.140	77.140	20.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau eines ca. 50 Meter langen Fuß- und Radweg von der Einmündung Schulweg bis zum Feuerwehrgerätehaus in Bevenrode; Deckungsmittel sollen aus dem Projekt 5E.660066 "Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31" verwendet werden. Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung sind diese 20.000 € beim Projekt 5E.660066 zu dem vom SB 112 gewünschten Zweck aufgestockt worden. abgelehnt 3/6/0 abgelehnt **)
				neu	97.140	77.140	20.000	0	0	0	0	
				Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			BA FPA									
Neubau Zwei-Richtungsradweg Wendebück												
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0		
5E.660077	Zwei-Richtungsradweg Wendebück/Neubau		SB 323									
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Neubau des Zwei-Richtungsradwegs Wendebück für das Haushaltsjahr 2016 (Gesamtausgaben: 316.000 €, Gesamteinnahmen: 190.000 €). Anmerkung der Verwaltung: Für diese Maßnahme besteht eisenbahnrechtlich kein Planungsrecht. Die Maßnahme wäre bis auf weiteres nicht umsetzbar. abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
				neu	190.000	0	190.000	0	0	0	0	
				Veränderung	190.000		190.000	0	0	0	0	
			BA FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
5E.660077		Zwei-Richtungsradweg Wendebück/Neubau	SB 323								
			bisher	19.886	19.886	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Neubau des Zwei-Richtungsradwegs Wendebück für das Haushaltsjahr 2016 (Gesamtausgaben: 316.000 €, Gesamteinnahmen: 190.000 €). Anmerkung der Verwaltung: Für diese Maßnahme besteht eisenbahnrechtlich kein Planungsrecht. Die Maßnahme wäre bis auf weiteres nicht umsetzbar. abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
			neu	335.886	19.886	316.000	0	0	0	0	
			Veränderung	316.000		316.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								
Sonstige Maßnahmen											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
3E.66 NEU		Rad- und Fußwegsituation nördl. v. Hondelage /Vorplanung	SB 113								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erstellung eines Konzeptes zur Rad- und Fußwegsituation nördl. v. Hondelage in Zusammenarbeit mit den Hondelager Bürgern für das Haushaltsjahr 2016 (50.000 €); Anmerkung der Verwaltung: Die Tiefe Straße ist hier freie Strecke der Landesstraße L635. Zuständig ist die Landesbehörde NLSiBV. abgelehnt 1/7/1 abgelehnt **)
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
3E.66 NEU	Bushaltestelle IGS Volkmarode / Vorplanung Umbau	SB 114									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung des Umbaus der Bushaltestelle inkl. der Zu- und Abfahrten an der IGS Volkmarode für das Haushaltsjahr 2106 (15.000 €)
			neu	15.000	0	15.000	0	0	0	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 0/8/1
			FPA								abgelehnt **)
3E.66 NEU	Kreuzungsbereich in Mascherode "Görge-Kreuzung" / Vorplanung Umgestaltung	SB 213									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Planungsmittel für die Umgestaltung des Kreuzungsbereichs von Möncheweg, Alte Kirchstraße, Hinter den Hainen und Am kleinen Schafkamp für das Haushaltsjahr 2016 (20.000 €)
			neu	20.000	0	20.000	0	0	0	0	
			Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 0/6/3
			FPA								abgelehnt **)
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 113									
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Ausbesserung des Fußweges im Bereich des Waldes zwischen Ackerweg und Tiefe Straße für das Haushaltsjahr 2016 (10.000 €); es wird beantragt, hier Splitt auftragen zu lassen
			neu	16.430.300	11.306.900	1.243.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	
			BA								Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden. Der angesprochene Abschnitt des Fußweges im Bereich des Waldes zwischen Ackerweg und Tiefe Straße befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Braunschweig und stellt auch keine gewidmete Wegefläche dar.
			FPA								abgelehnt 0/8/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen		SB 114								
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung einer Querungshilfe der Schapenstraße in Höhe Seikenkamp für das Haushaltsjahr 2016 (28.000 €); es fallen Gesamtkosten von 38.000 € an, von denen 10.000 € aus dem Stadtbezirksratsbudget 114 getragen werden sollen Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden. abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)
			neu	16.448.300	11.306.900	1.261.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	
			Veränderung	28.000		28.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen		SB 114								
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung einer Querungshilfe der Hordorfer Straße am östlichen Ortsrand von Schapen für das Haushaltsjahr 2016 (27.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden. abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)
			neu	16.447.300	11.306.900	1.260.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	
			Veränderung	27.000		27.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen		SB 224								
			bisher	16.420.300	11.306.900	1.233.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Herstellung einer geeigneten Verkehrsberuhigung der Thiedestraße / Ortsdurchfahrt Rünigen (ehemalige Bundesstraße 248) für das Haushaltsjahr 2016 (25.000 €); eventuelle Kostenveränderungen durch Material- und Durchführungskostensteigerungen oder ähnlichem sind wirksam zu berücksichtigen Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
			neu	16.445.300	11.306.900	1.258.100	1.222.100	1.329.100	1.329.100	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
	4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112									
				bisher	2.027.700	1.067.100	230.400	228.400	250.900	250.900	0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
				neu	2.045.700	1.067.100	248.400	228.400	250.900	250.900	0	
				Veränderung	18.000		18.000	0	0	0	0	hier: Umbau des Ortseingangs am Friedhof Bienroder Straße einschl. Querung für Radfahrer und Fußgänger - kein Baumtor (18.000 €)
												Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen) Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden. abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
	4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112									
				bisher	2.027.700	1.067.100	230.400	228.400	250.900	250.900	0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
				neu	2.037.700	1.067.100	240.400	228.400	250.900	250.900	0	
				Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	hier: Die Kosten für die Errichtung einer Warthalle an der Bushaltestelle Bechtsbütteler Weg in Fahrtrichtung Beverrode in Abstimmung mit der Verkehrs-GmbH sind zu ermitteln und einzustellen. Alternativ sind für die dort dringend benötigte Sitzbank 3.000 € vorzusehen.
												Anmerkung der Verwaltung: Die Warthalle kostet ca. 10.000 €. Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen) Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden. abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

***) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112								
			bisher	2.027.700	1.067.100	230.400	228.400	250.900	250.900	0	
			neu	2.034.700	1.067.100	237.400	228.400	250.900	250.900	0	
			Veränderung	7.000		7.000	0	0	0	0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
											Hier: Ortseingang Rabenrodestraße - Einstellen der Kosten von 7.000 € für Querungsnasen (Höhe Bushaltestelle) "Am Oberstiege" in Richtung Bevenrode (zuerst) und an der Einmündung "In den Grashöfen"
											Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen)
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 reduziert worden.
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								abgelehnt **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
135	4S.660012	FB 66- Programm Radwege/Neubau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	1.500.466	1.100.466	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
			neu	1.700.466	1.100.466	150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			Veränderung	200.000		50.000	50.000	50.000	50.000	0	Ablehnung des Einsparvorschlages der Verwaltung (siehe Ansatzveränderungen), die Haushaltsmittel für den Radwege-Neubau dauerhaft um jährlich 50.000 € zu reduzieren; es wird gebeten, dem Rat konkrete Neubaumaßnahmen zur Sitzung des Bauausschusses am 09.03.2016 vorzuschlagen;
											Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 95) ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 50.000 € gekürzt worden.
			BA								abgelehnt 2/7/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
5E.66 NEU	Kreisstraße K 31 Bevenrode-Hondelage / Sanierung		SB 112								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Grundsanie rung der Kreisstraße K31 von Bevenrode nach Hondelage einschließlich dem Einbau von drei Amphibientunneln für das Haushaltsjahr 2016; durch den Einbau von Amphibientunneln soll der Kostenaufwand der jährlichen Abspermaßnahmen und der Sammelaktion gespart werden, Es wird weiterhin gebeten, die Kosten für einen Fuß- und Radweg für diese Straße zu benennen. abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	
			BA								
			FPA								
5E.66 NEU	Schapenstr/Hordorfer Str / Neubau Kreiverkehr		SB 114								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schapenstraße/Hordorfer Straße für das Haushaltsjahr 2016 (500.000 €)
			neu	500.000	0	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	500.000		500.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
5E.66 NEU	Mascheroder Weg - Kreuzung Senefelder Straße / Neubau Kreisel		SB 211								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Kreisels auf dem Mascheroder Weg/Kreuzung Senefelderstraße für das Haushaltsjahr 2016 (Kostenangabe vom Vorjahr: 750.000 €); es soll eine möglichst kostengünstige Variante erarbeitet und die entsprechenden Kosten hierfür ermittelt werden
			neu	750.000	0	750.000	0	0	0	0	
			Veränderung	750.000		750.000	0	0	0	0	
			BA								
			FPA								abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen						
5E.660021	Okerbrücke Leiferde/Neubau		SB 211	bisher 2.050.000 neu 0 Veränderung	0 0 *)	250.000 *)	0 0 0	1.800.000 *)	0 0 0	0	Umsetzung des Neubaus der Okerbrücke in Leiferde an der gleichen Stelle wie die bisherige Brücke, die Brücke soll auch in Zukunft für landwirtschaftlichen Verkehr, Schulbusse, Feuerwehr- und Rettungsdienst geeignet sein. Anmerkung der Verwaltung: Inwieweit die vom SB beantragte Bauvariante zu anderen Kosten führt, ist noch zu ermitteln. abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)						
			BA FPA														
5E.660050	Hauptstraße Wenden / Verbesserung		SB 323	bisher 150.000 neu 300.000 Veränderung 150.000	0 0	150.000 300.000	0 0	0 0	0 0	0	Ablehnung des Einsparvorschlages der Verwaltung (siehe Ansatzveränderungen), die Finanzraten zur Verbesserung der Hauptstraße Wenden um 150.000 € zu kürzen Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 98) ist der Ansatz dieses Projektes für 2016 um 150.000 € gekürzt worden. abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)						
			BA FPA														
5E.660088	Okerbrücke Biberweg/ Neubau		SB 321	bisher 630.000 neu 630.000 Veränderung 0	0 0	0 80.000	80.000 550.000	550.000 0	0 0	0	Vorziehen von Haushaltsmitteln für die Planung und Ausschreibung sowie für den Ersatz der Fußgängerbrücke über die Oker in Ölper (Biberweg) auf das Haushaltsjahr 2016; mit der Planung und Ausschreibung soll in diesem Jahr begonnen werden Anmerkung der Verwaltung: Wenn im Jahr 2016 bereits mit der Ausschreibung begonnen werden soll, wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2017 in Höhe der Gesamtkosten benötigt. Diese war im Antrag des Stadtbezirksrates jedoch nicht benannt. <table border="1" data-bbox="853 1273 1653 1305"> <tr> <td>VE 2017:</td> <td>0</td> <td>VE 2017 neu:</td> <td>550.000</td> <td>VE 2017 Veränderung:</td> <td>550.000</td> </tr> </table> abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)	VE 2017:	0	VE 2017 neu:	550.000	VE 2017 Veränderung:	550.000
VE 2017:	0	VE 2017 neu:	550.000	VE 2017 Veränderung:	550.000												
			BA FPA														

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.660003	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	SB 112								
			bisher	887.200	687.200	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Anschaffung und den Betrieb von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln für die Ortsdurchfahrt im Stadtbezirk 112 für das Haushaltsjahr 2016 (5.200 €); die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Sponsoring) ist zu prüfen Die Messtafeln stellen eine präventive Verkehrssicherungsmaßnahme dar und sollen zur Reduzierung der durchschnittlichen Geschwindigkeit in der Ortsdurchfahrt beitragen. Die Betriebskosten könnten durch ein Solarmodul minimiert werden. <u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 7.000 € gekürzt worden. Die Kosten für die Beschaffung und Errichtung von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln werden auf 12.000 € zuzüglich notwendiger Kosten für den Betrieb, die Wartung, Störungsbeseitigung und Ersatzbeschaffung, z. B. infolge von Vandalismus, geschätzt.
			neu	892.400	687.200	55.200	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	5.200		5.200	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 1/9/0
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.660003	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	SB 321								
				bisher 887.200	687.200	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und den Betrieb eines mobilen Geschwindigkeitsmessdisplays vornehmlich im Stadtbezirk 321 für das Haushaltsjahr 2016, Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 7.000 € gekürzt worden. alt: Kostenschätzung der Verwaltung für das mobile Geschwindigkeitsdisplay: 11.300 €; die Kostenschätzung für den lfd. Betrieb des mobilen Geschwindigkeitsdisplays steht noch aus. neu: Die Kosten für die Beschaffung und Errichtung eines mobilen Geschwindigkeitsdisplays werden auf 6.000 € zuzüglich notwendiger Kosten für den Betrieb, die Wartung, Störungsbeseitigung und Ersatzbeschaffung, z. B. infolge von Vandalismus, geschätzt. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
				neu 898.500	687.200	61.300	50.000	50.000	50.000	0	
				Veränderung 11.300		11.300	0	0	0	0	
			BA FPA								
	5S.660039	FB 66: Global-Baumaßnahmen	SB 112								
				bisher 440.200	240.200	50.000	50.000	50.000	50.000		Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum hier: Die Kosten für die Befestigung eines dort dringend benötigten begehbaren Seitenstreifens von dieser Haltestelle zum Edeka-Markt sind festzustellen und einzustellen. Für den Investitionshaushalt sind die Kosten eines Gehweges zu ermitteln. Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten belaufen sich auf rund 60.000 €. Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 17 - lfd. Verwaltungstätigkeit) abgelehnt 1/9/0 abgelehnt **)
				neu 500.200	240.200	110.000	50.000	50.000	50.000		
				Veränderung 60.000		60.000	0	0	0	0	
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 114	bisher 1.763.400 neu 1.858.400 Veränderung 95.000	1.433.400 1.433.400	82.500 177.500 95.000	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beleuchtung des neuen Radwegs von Volkmarode nach Schapen für das Haushaltsjahr 2016 (95.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um 60.000 € bereits jährlich erhöht worden. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 114	bisher 1.763.400 neu 1.828.400 Veränderung 65.000	1.433.400 1.433.400	82.500 147.500 65.000	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	82.500 82.500 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beleuchtung des Radwegs von Volkmarode nach Dibbesdorf (entlang der alten B248) für das Haushaltsjahr 2016 (65.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um 60.000 € bereits jährlich erhöht worden. Zwischen Dibbesdorf und Volkmarode verläuft der Weg entlang der freien Strecke der Landesstraße L295. Zuständig ist die Landesbehörde NLSStBV. Sie beabsichtigt nicht, diesen Abschnitt zu beleuchten. abgelehnt 0/9/1 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport											
Rekonstruktion historischer Park- und Grünanlagen											
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
136	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	Piratenpartei								
			bisher	288.049	213.049	0	25.000	25.000	25.000	0	dauerhafter Wegfall der Haushaltsmittel für Rekonstruktionen historischer Park- und Grünanlagen (Gesamtausgabe jährlich: 100.000 €; Gesamteinnahme jährlich: 25.000 €); siehe auch Zeile 26
			neu	213.049	213.049	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-75.000		0	-25.000	-25.000	-25.000	0	
			GA								abgelehnt 1/8/1
			FPA								abgelehnt **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
136	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	Piratenpartei								
			bisher	1.066.582	766.582	0	100.000	100.000	100.000	0	dauerhafter Wegfall der Haushaltsmittel für Rekonstruktionen historischer Park- und Grünanlagen (Gesamtausgabe jährlich: 100.000 €; Gesamteinnahme jährlich: 25.000 €); siehe auch Zeile 19
			neu	766.582	766.582	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-300.000		0	-100.000	-100.000	-100.000	0	
			GA								abgelehnt 1/8/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen												
Sonstige Maßnahmen																							
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0													
4S.670007	FB 67:	Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	SB 222	bisher 13.052.810 neu 13.062.810 Veränderung 10.000	8.077.010	1.218.600	1.252.400	1.252.400	1.252.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des vorderen eingefriedeten Bereiches in der Straße "An der Wasche" in Geitelde für das Haushaltsjahr 2016 (10.000 €)												
			GA FPA	10.000		10.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um jährlich rd. 140 T€ gekürzt worden. ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/10/1												
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0													
5E.670043	Sportanlage Waggum/Neubau Funktionsgeb.		SB 112	bisher 550.000 neu 550.000 Veränderung 0	0	0	250.000	300.000	0	0	Vorziehen von Haushaltsmitteln für den Anbau an das Sportheim Waggum (Gymnastikhalle und Sanitäranlagen, etc.) auf das Haushaltsjahr 2016												
	neu: ggf. TH 20		SpA FPA			550.000	-250.000	-300.000	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (NEU) der Verwaltung ist eine Teilfinanzrate 2017 auf das Jahr 2018 verschoben worden. <table border="1"> <tr> <td>VE 2017:</td> <td>250.000</td> <td>VE 2017 neu:</td> <td>0</td> <td>VE 2017 Veränderung:</td> <td>-250.000</td> </tr> <tr> <td>VE 2018:</td> <td>300.000</td> <td>VE 2018 neu:</td> <td>0</td> <td>VE 2018 Veränderung:</td> <td>-300.000</td> </tr> </table> abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)	VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-250.000	VE 2018:	300.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-300.000
VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-250.000																		
VE 2018:	300.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-300.000																		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
5E.670053	SpA	Lamme /Umw Natur-in Kunstrasenpl.	SB 321	bisher 550.000 neu 550.000 Veränderung 0	0 0	0 0	0 550.000	550.000 0	0 0	0 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die vorgesehene Umwandlung des C-Platzes in einen Kunstrasenplatz von 2018 auf 2017 Anmerkung der Verwaltung: Dies ist im Finanzplanungszeitraum nicht möglich. abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)
5S.670009	FB 67:	Global-Baumaßnahmen Sportbereich	SB 321	bisher 70.000 neu 85.000 Veränderung 15.000	70.000 70.000	0 15.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Realisierung einer zusätzlichen Beleuchtung auf der Mitte der Zuwegung zwischen Parkplatz und Zaun zum Sportplatz Lehdorf (Bereich zwischen Parkplatz und Zugang zum Sportheim) für das Haushaltsjahr 2016 Anmerkung der Verwaltung: Aus fachlicher und vereinsseitiger Sicht wird keine zusätzliche Beleuchtung auf der Sportanlage benötigt. Kostenschätzung des FB 67: 15.000 € abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)
5S.670048	FB 67:	Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	SB 211	bisher 1.965.400 neu 1.974.400 Veränderung 9.000	1.122.400 1.122.400	186.000 195.000	225.000 225.000	207.000 207.000	225.000 225.000	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Bootsanlegers an der Oker in Stöckheim im Bereich der neu errichteten Brücke Berkenbuschstraße; Vorbild könnte die entsprechenden Bootsanleger in Melverode sein. Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung des FB 67: 9.000 € ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/11/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
5S.670049	FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze		SB 114								
			bisher	3.911.700	2.359.500	550.800	357.800	285.800	357.800		
			neu	3.916.200	2.359.500	555.300	357.800	285.800	357.800		
			Veränderung	4.500		4.500	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und Errichtung eines Trampolins auf dem Spielplatz am Volkmaroder Sportplatz (Seikenkamp) für das Haushaltsjahr 2016 (4.500 €)
			GA	4.500		4.500	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich gekürzt worden.
			FPA								ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/10/1
5S.670049	FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze		SB 114								
			bisher	3.911.700	2.359.500	550.800	357.800	285.800	357.800		
			neu	3.914.700	2.359.500	553.800	357.800	285.800	357.800		
			Veränderung	3.000		3.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und Anbringung einer Nestschaukel auf dem Spielplatz an der Spandauer Straße in Dibbesdorf für das Haushaltsjahr 2016 (3.000 €)
			GA	3.000		3.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich gekürzt worden.
			FPA								ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/10/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
137	diverse		Piratenpartei								
			bisher	10.269.100	7.167.300	786.300	768.300	772.900	774.300		
			neu	8.669.100	7.167.300	386.300	368.300	372.900	374.300		
			Veränderung	-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0	
			SpA								abgelehnt 0/10/0
			JHA								abgelehnt 0/13/0
			SchA								abgelehnt 0/12/2
			BA								abgelehnt 0/8/2
			GA								abgelehnt 0/10/0
			PIUA								abgelehnt 0/10/1
			AfSG								abgelehnt 0/11/0
			AfKW								abgelehnt 0/9/1
			FwA								abgelehnt 0/8/1
			FPA								abgelehnt **)
											Reduzierung der Haushaltsmittel für Schönheitsreparaturen stadtwweit auf etwa 50% (jährliche Kürzung 400.000 €)
											Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieser Projekte bereits um ca. jährlich 10 % gekürzt worden. Eine über die o.g. Kürzung hinausgehende Verringerung der Ansätze für Schönheitsreparaturen wird seitens der Verwaltung kritisch gesehen, da zum Teil mietvertragrechtliche Regelungen zur Durchführung von Schönheitsreparaturen bestehen. Außerdem ergänzen Schönheitsreparaturen die laufende Instandhaltung und erhalten so die Funktionstüchtigkeit der betroffenen Liegenschaften.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
		Veränderungen Erträge	(Zeile 10)			0	0	0	0	0	
		Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)			320.000	818.400	445.000	0	-583.400	
		Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				320.000	818.400	445.000	0	-583.400	
		Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)			0	0	0	0	0	
		Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)			1.280.000	1.673.600	-3.370.000	0	416.400	
		Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.280.000	1.673.600	-3.370.000	0	416.400	
		Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.600.000	2.492.000	-2.925.000	0	-167.000	
		nachrichtlich:									
		Verpflichtungsermächtigungen:			2017	1.673.600					
					2018	380.000					
					2019	0					

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/0/4